Nr. 162. Halle (Saale), Sonnabend, den 13. Juli 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra.
Für Kriegsfamilien 50 Pfg. Bezugspreis monatlich.

Erscheinungsweise:
Jeden Werktag, nachmitt.

Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto:
Leipzig Nr. 16166.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespalt. 46 mm breite Kolonelzeile kostet 28 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Angelegenheiten Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. an Tage vorher erbet.

Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr. 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südwestlich von Bailleul wurden mehrfache Angriffe stärkerer englischer Abteilungen abgewiesen. Ebenso scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes nördlich von Albert. Heftigem Feuerkampf auf dem Westufer der Avre folgten zwischen Castel und Mailly Teilangriffe der Franzosen, die der Feind am Nachmittag bei Mailly, am Abend in dem ganzen Kampfabschnitt nach erneuter stärkster Artillerievorbereitung wiederholte. In Castel und im Gehölz Anchin setzte sich der Feind fest. Oestlich dieser Linie brachen seine Angriffe in unserem Gegenstoß zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zwischen Oise und Marne blieb die Gefechtstätigkeit rege. Erneute Vorstöße des Feindes nördlich von Longpont und südlich des Ourcq wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. In den mittleren Vogesen, am Hartmannsweilerkopf, lebte die Gefechtstätigkeit auf. Nordöstlich von Pont-a-Mousson und im Face-Grund scheiterten nächtliche Vorstöße des Feindes.

Im Juni wurden an den deutschen Fronten 468 feindliche Flugzeuge, davon 92 durch unsere Flugabwehrgeschütze, und 62 Fesselballone abgeschossen. Hiervon sind 217 Flugzeuge in unserem Besitz; der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt.

Wir haben im Kampf 153 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Versenkungen. Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz vernichteten unsere U-Boote 15 500 Tonnen feindlichen Handelsschiffsraum. Drei von den versenkten Dampfern wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm, 12. Juli. (W. T. B.) Wie Nya Dagligt Allehanda aus Gotenburg erfährt, wurde der schwedische Dampfer Fruken mit 948 To. auf der Fahrt von Gotenburg nach London versenkt.

Die englischen Verluste. Rotterdam, 12. Juli. Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant geben die englischen Blätter die britischen Gesamtverluste im Juni, soweit sie veröffentlicht wurden, mit 4406 Offizieren und 135 729 Mann an. Dazu kommen noch 40 Offiziere und 204 Mann von der Flotte. Für die drei Monate April, Mai und Juni stellen sich die Verlustziffern auf 21 097 Offiziere und 337 918 Mann.

Das Ergebnis des Homburgfluges. Amerikanischer Bericht vom 11. Juli: Der Feind machte in den Vogesen einen Angriffsversuch, der zusammenbrach. Das Ergebnis unseres gestrigen Fluges nach Homburg ist der Verlust von fünf Flugzeugen.

Italienisches Flugzeug durch Torpedoboote eingebracht. Wien, 12. Juli. (W. T. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Gelegentlich einer Kreuzfahrt in der südlichen Adria brachten gestern Einheiten unserer Torpedoflotille das italienische Flugzeug Nr. 12 samt seiner aus zwei Offizieren bestehenden Besatzung ein.

Die Kämpfe in Afrika. Konstantinopel, 11. Juli. Der Generalstabsbericht meldet aus Afrika: Nachträglich wird gemeldet, daß der in Tripolis durch unsere Truppen eingeschlossene Feind am 7. Mai. d. J. einen heftigen Ausfallversuch unternommen hat. Der Angriff wurde verlustreich zurückgeschlagen. Am 18. Mai wurden die militärischen Anlagen der Stadt Homs durch unsere Artillerie stark beschossen. Am 19. Mai wurde ein aus der Gegend Suwara vorgehender Kavallerieangriff durch unsere Truppen vertrieben. Sonst keine besonderen Ereignisse.

Französische Lehrer für Völkerversöhnung.

Der Verband der öffentlichen Lehrerkräfte des Seine-Departements hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es — nach Uebersetzung der Badischen Schulzeitung — heißt: „Angesichts des Umstandes, daß die Aufreizung zum Chauvinismus und zum Kollektivhaß der gegen Frankreich kriegführenden Völker ein Programmpunkt des öffentlichen Unterrichts werden zu sollen scheint, und daß die Staatsverwaltung bereits tatsächlich gegen Lehrerinnen vorgegangen ist, die sich geweigert haben, dieses neue Evangelium zu verbreiten, erklären wir, daß die Aufreizung zum Haß unheilvoll und gefährlich ist. Unheilvoll, weil sie sich an die niedrigsten und roheste Triebe wendet, folglich gegen die Gebote der Sittlichkeit verstößt. Gefährlich, weil sie den jetzigen Kriegverlängert und dadurch, daß sie die Feindseligkeit zwischen den Völkern chronisch macht, neue Kriege heraufschwört. Wir glauben, daß es im Interesse einer höheren Vaterlandsliebe läge, den Ruf der französischen Nation, gerechtigkeitsliebend und menschenfreundlich zu sein, aufrechtzuerhalten, indem man sie verbindert, die deutschen Volksmassen für die Taten ihrer Lenker verantwortlich zu machen. Dagegen ist es unpatriotisch, Frankreich in der Meinung der anderen Nationen herabzusetzen, indem man es in ein Labyrinth blinden, erniedrigenden Hasses verstrickt."

Hierzu schreibt die Leipziger Lehrerzeitung: „Wir werden falsch unterrichtet, wenn man uns einredet, alle französischen Lehrer wären Chauvinisten, und wir haben kein Recht, die üblen Ausbrüche des Völkerhasses, die von französischen Schulen mitgeteilt werden, einfach auf das Schuldkonto der dortigen Lehrer zu setzen."

Die Friedensbewegung in England. Der Voss. Ztg. wird aus Bern gemeldet: Wie aus verschiedenen Londoner Pressestimmen zu ersehen ist, scheint von englischen Pazifisten, die der Lansdowne-Friedensbewegung nahestehen, der Versuch unternommen worden zu sein, die Unterstützung der englischen Gewerkschaften und der parlamentarischen Arbeiterpartei für ein Lansdowne-Friedenskabinett zu sichern. Damit steht auch die Tätigkeit des sogenannten Frauen-Friedenskongresses unter Führung von Frau Philipp Snowden in Zusammenhang. Man soll auch von verschiedenen Seiten an Lord Grey herangetreten sein, sich der Lansdowneschen Bewegung anzuschließen.

Der Sowjetkongreß billigt die Politik der Räterregierung.

Stockholm, 12. Juli. (W. T. B.) Am 8. Juli 1918 wurde folgende von der kommunistischen Fraktion beantragte Entschließung vom Sowjetkongreß mit erdrückender Mehrheit angenommen:

Die fünfte Landesversammlung der Arbeiter und Soldaten billigt vollständig die innere und äußere Politik des Rates der Volkskommissare und bekräftigt von neuem den unerschütterlichen Willen der Arbeiter und Soldaten, das Land nicht in einen neuen Krieg hineinziehen zu lassen. Das Rußland der Sowjets wird jedem Angriffsversuch gegen das russische Gebiet von Seiten jedweder imperialistischen Regierung tatkräftig Widerstand leisten. Das Rußland der Sowjets wird unerbittlich gegen die Volksfeinde verfahren, welche das Vaterland zugunsten der Nationalisten der einen oder der anderen Koalition verraten. Die Landesversammlung billigt gleicher Weise die Ernährungspolitik und Schaffung von Komitees armer Bauern, welche nicht die Arbeit der anderen ausbeuten. Der Zeitraum, der sich bis zur neuen Ernte erstreckt, ist der härteste für die Arbeitsbevölkerung der Städte. Die tatkräftigsten Maßnahmen werden zur Bekämpfung der bürgerlichen Gegenrevolutionäre und ihrer Agenten ergriffen werden, welche aus der augenblicklichen Lage Nutzen zu ziehen versuchen. Die Landesversammlung ruft alle Arbeiter und Bauern auf, einmütig für die Sowjets einzustehen.

Der Erfolg der Beruhigungsaktion.

Berlin, 12. Juli. (W. T. B.) Der Hauptausschuß des Reichstages setzte heute in Anwesenheit des Reichskanzlers, fast sämtlicher Staatssekretäre und zahlreicher Abgeordneter die Aussprache über die politische Lage fort.

Abg. Stresemann schließt sich in Beurteilung der Persönlichkeit von Kühlmanns den gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Gröber an. Staatssekretär v. Kühlmann hatte unsere Unterstützung für eine lange Periode seiner Amtszeit. Er ist von uns nicht grundsätzlich bekämpft worden. Wir haben ihm in der in den Ostfriedensschlüssen verfolgten Politik im wesentlichen zustimmen können. Schon der rumänische Friedensvertrag hat meine Freunde weniger befriedigt. Die letzte Rede des Staatssekretärs, die ja die Ursache seines Sturzes geworden ist, ließ das Augenmaß für die Wirkung seiner Ausführungen im Innern in einem Maße fehlen. Wir verteilen es angesichts der Wirkung dieser Rede, daß der Staatssekretär um seine Entlassung gebeten hat, und wir können dem Herrn Kanzler daher nur zustimmen, wenn er für die Genehmigung dieses Abschiedsgesuches eingetreten ist. Die Angriffe auf die Politik des Reichskanzlers lehnen wir ab. Das mit den Parteien besprochene Programm hat er loyal durchgeführt. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat sich der Kanzler auf die Antwort auf die Papstnote bezogen. Die Praxis der Friedensschlüsse läßt sich nicht in solche Formeln zwingen. Wir begrüßen die Erklärung des Kanzlers hinsichtlich der russischen Verhältnisse. Wir wünschen keine Einmischung in die inneren Kämpfe Rußlands. Von unserem Standpunkt aus haben wir kein Interesse, uns für die russische Monarchie oder für die Wiederkehr der Herrschaft der Kadetten einzusetzen. Notwendig erscheint uns im deutschen wie im russischen Interesse ein baldiger Beginn des wirtschaftlichen Güteraustausches. Dem russischen Volke muß klar werden, daß unser Vormarsch im Süden nicht aus territorialen Eroberungsabsichten geschieht. Wünschenswert erscheint uns auch eine freundschaftliche Einwirkung auf unsere türkischen Bundesgenossen bezüglich des türkischen Vormarsches im Kaukasus, der die Grenze von Brest-Litowsk längst überschritten hat. Von einer Kundgebung über die Herausgabe Belgiens vermögen wir uns keine friedensfördernde Wirkung zu versprechen. Ein Vertrauensverhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Leitung der auswärtigen Politik muß bestehen. Die gegen die Oberste Heeresleitung erhobenen Vorwürfe sind unberechtigt. Neuerdings wird behauptet, daß die Oberste Heeresleitung sich gegen jede Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges ausgesprochen hätte. Auch das ist unzutreffend, wenn auch selbstverständlich das Moment für eine solche Auflösung unter gewissenhafter Berücksichtigung der Einwirkung einer solchen Maßnahme bei Heer und Heimat ausgenutzt werden muß. Dem neuen Staatssekretär kommen wir vorurteilsfrei entgegen.

Anknüpfend an seine gestrigen Darlegungen wurde darauf von Reichskanzler Graf Hertling folgendes ausgeführt: Was die Zukunft Belgiens betrifft, so bedeutet, wie ich gestern schon sagte, die Okkupation und der gegenwärtige Besitz Belgiens nur, daß wir ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen haben. Im Begriff des Faustpfandes liegt es, daß man das, was man als Faustpfand in der Hand hat, nicht behalten will, wenn die Verhandlungen zu einem günstigen Resultat geführt haben. Wir beabsichtigen nicht, Belgien in irgendeiner Form zu behelfen. Wir wünschen, genau so wie ich schon am 24. Februar gesagt habe, daß das nach dem Kriege wiedererstandene Belgien als selbständiges Staatswesen, seinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten freundschaftlichen Verhältnissen lebe. Das ist der Standpunkt, den ich zum belgischen Problem von Anfang an eingenommen habe und auch heute noch einnehme. Diese Seite meiner Politik steht durchaus im Zusammenhang mit den allgemeinen Richtlinien, die ich Ihnen gestern dargelegt habe. Wir führen den Krieg als Verteidigungskrieg. Weil wir ihn als Verteidigungskrieg führen, weil uns von Anfang an jede imperialistische, jede auf die Weltherrschaft gerichtete Tendenz fernegelegen hat, darum werden auch unsere Friedensziele dem entsprechen. Was wir wollen, das ist die Unversehrtheit unseres Territoriums, das ist freie Luft für die Entwicklung unseres Volkes, insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Das ist natürlich auch die notwendige Sicherheit für künftige schwierige Verhältnisse. Das trifft vollkommen auch für den Standpunkt zu, den ich Belgien gegenüber einnehme. Wie sich dieser Standpunkt aber im einzelnen festlegen läßt, das hängt von den künftigen Verhandlungen ab. Darüber kann ich jetzt keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich muß mich damit begnügen, diese allgemeinen maßgebenden Richtlinien hier nochmals ausdrücklich festgestellt zu haben. Und so glaube ich, jetzt an Sie die Bitte richten zu dürfen: Helfen auch Sie mit, daß wir im Innern die Einheitsfront halten, die so überaus wichtig ist für unsere Brüder draußen im Felde. Helfen Sie alle zusammen mit, daß wir die schwere Zeit des Krieges, den wir zu führen gezwungen sind, so lange wir ihn führen müssen, bis zum ehrenvollen Ende bestehen.

Abg. Warmuth (D. F.): Staatssekretär v. Kühlmann ist über eine Rede gefallen. Aber aus dieser verhängnisvollen Rede klang eine solche Verzagtheit, ein solcher Kleinmut heraus; das Bekenntnis mit unserer Waffenmacht sei nichts getan. v. Kühlmann hat es selbst gefühlt, daß nach dieser Rede für ihn kein Platz mehr auf dem verantwortungsvollen Platze des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes war. Wir danken es dem Reichskanzler, daß er durch die Wahl der Form, in der sich der Wechsel vollzogen hat, bewiesen hat, daß er dem alten Verfassungsgrundsatze, daß dem Kaiser das freie, vom parlamentarischen Druck unbehinderte Entlassungs- wie Ernennungsrecht zustehe, wieder zu seinem alten Recht verholfen hat. Auch die Aeußerungen des Kanzlers über die Politik in Ost wie im West findet unsere Billigung. Ich sehe darin, und das betone ich mit besonderer Genugtuung, das Bekenntnis eingeschlossen, daß man unsererseits die Periode der Friedensangebote für definitiv zum Schluß gebracht hält.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Wir stehen der Person des Staatssekretärs v. Kühlmann unbefangener gegenüber als andere Parteien, weil wir uns nicht eingebildet haben, daß er unsere Politik macht. Solange Kühlmann die Politik der Obersten Heeresleitung machte, ging es ihm gut. Als er aber einmal seine eigene Auffassung am 22. Juni sich entfaltenlassen ließ, da kam es anders. Die Rede des Reichskanzlers vom 24. Juni zum Kühlmann läßt den Schluß zu, daß auch er sein Amt niederlegen würde, wenn Kühlmann ginge. Eine Niederzwingung all der Völker, die mit uns im Kriege stehen, ist nicht möglich, der Friedensschluß muß auf Verhandlungswegen geschehen. Der Redner bespricht sodann die deutsche Ostpolitik. Es sei dort nicht nach dem angestrebten Selbstbestimmungsrecht verfahren worden. Die Politik der verschleierten Annektionen werde auch nach dem Abgang Kühlmanns weitergetrieben. Notwendig sei, daß auf beiden Seiten klare Friedensziele aufgestellt und bekanntgegeben würden. Mit den allgemeinen Redensarten müsse man Schluß machen. Mit nebelhaften Andeutungen sei nichts zu erreichen. Würde Deutschland in diesem Punkte volle Klarheit schaffen, so würden die Völker der Ententestaaten ihre Regierungen zum Frieden zwingen und könnten nicht mehr weiter in den Krieg gepeitscht werden.

Der Nachtragsetat über die Kriegskredite von 15 Milliarden Mark wird bei Stimmenthaltung der Polen gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten genehmigt. Der Ausschuß hat damit seine Arbeiten erledigt und wird in den ersten Oktoberwochen wieder zusammentreten.

*

Die Beruhigungsaktion des Reichskanzlers hat also, wie man sieht, den gewünschten Erfolg gehabt. Graf Hertling fügte zu dem Dutzend Erklärungen, die er schon gegeben, eine neue, die zu nichts verpflichtet, am allerwenigsten zu einer Friedenspolitik der Wahrheit und Offenheit. Die Reichsregierung behält freie Hand. Und wie sie diese Freiheit nützen wird, wenn sie die „Nörgler" im Reichstag ab Sonntag nicht mehr zu respektieren braucht, zeigt die Kühlmannrede aus — nach deutlicher — die Haltung der Regierung in der Siedlungsangelegenheit Westmark, über die wir an anderer Stelle berichten. Denn kann sich der Einfluß der Schwerthriedler voll auswirken.

Graf Hertling hat in seinen Ausführungen am Freitag sich etwas ausführlicher über Belgien geäußert. Während der offiziöse Bericht zuerst nur ganz dunkle Andeutungen enthielt über diese Aeußerungen, wurde nachträglich durc W. T. B. noch verbreitet, was im vorstehenden Bericht zu lesen ist. Graf Hertling ist dabei etwas weitergegangen, als in seinen letzten Reden; doch hat er das Positive schließlich wieder erheblich eingeschränkt dadurch, daß er Belgien immer noch als Faustpfand behandelt, wo nach Lage der Dinge doch nichts anderes in Frage kommen kann als restlose, uneingeschränkte Freigabe dieses unglücklichen Landes. Dies ist der eine Mangel der Reichskanzlerrede. Ein Dutzend andere könnte man anführen. Das Entscheidende bleibt: Worte, Versprechungen von bürgerlichen Regierungen sind keine Garantien, namentlich wenn es sich um die Regierung Hertling handelt, die ein Schuldkonto abzugleichen hat, weil sie eben gegen das Volk regiert oder andere so regieren läßt.

Diese Erkenntnis schreibt uns unabhängige Sozialdemokraten unsere Haltung vor. Sie bleibt ablehnend, auch in der Frage der Kriegskredite, die heute im Plenum des Reichstages zur Entscheidung steht. Die Scheidemannfraktion wird wieder bewilligen. Die Regierungssozialisten haben sich wieder zur Regierung gefunden. Ihr Führer ist aus der Löwenhaut, mit der er sich letztens maskierte, um auf die oppositionellen, insgesamt friedensdrängenden Massen Eindruck zu machen, herausgekrochen. Er ist wieder zahm; wenn er heute die Erklärung der regierungssozialistischen Fraktion im Reichstag bei der Abstimmung über die Kredite verlesen wird, wird Graf Hertling seine Freude haben. Es ist ihm gelungen, was er erstrebte. Er ist Kühlmann los, er hat die Unzufriedenen mit schönen Worten beruhigt, er hat wieder freie Hand für die Politik, die er im Bunde mit der obersten Heeresleitung getrieben hat. Und er hat das Geld dazu. Und seine Mehrheit noch zusammen. Was will er mehr? Die Rolle freilich, die die Scheidemänner in dieser Woche gespielt haben, wird noch näher zu würdigen sein. Auch vom Volke, das in der Politik, vor allem auf dem Wege zum Frieden endlich Antwort sehen w

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 13-11/fragment/page=0001

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung. Freitag, 12. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Rödern.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

General v. Wriesberg, daß die Behauptung des Abg. Scheidemann in seiner letzten Rede, der Presse sei verboten, über Fliegerangriffe auf offene Städte zu berichten, so daß man in Berlin gar nicht erfahre, was in Süddeutschland an Frauen und Kindern durch solche Angriffe gemordet würde, der Begründung entbehre. (Widerspruch links.)

Anfragen.

Die Abgg. Noske (Soz.) und Cohen (Soz.) verweisen auf die in Warschau und Lodz offen angeschlagenen Aufrufe zu Judenpogromen. Diese aufreizenden Aufrufe konnten drei Tage lang an allen Ecken und Enden prangen, bevor sie entfernt wurden. Den jüdischen Zeitungen Polens wurde von der Zensur verboten, irgendetwas gegen die Pogromplakate zu schreiben, während eine in Lodz erscheinende polnische Zeitung sie im Wortlaut wiedergeben und hinzufügen konnte, der Inhalt entspreche der Stimmung der polnischen Massen.

Unterstaatssekretär Lewald: Es ist richtig, daß Flugblätter, in denen „zur Vertilgung der jüdischen Bande" aufgefordert wird, in den letzten Monaten wiederholt nachts in Warschau angeschlagen worden sind. In Lodz ist das polizeilich nicht festgestellt worden. Die Flugblätter sind jedesmal so schnell wie möglich entfernt worden; hierzu war ein ausdrücklicher Befehl ergangen. Bei der Ausdehnung von Warschau und bei der geringen Zahl deutscher Polizeimannschaften ist immerhin möglich, daß an den wenig belebten Stellen der Stadt die Aufrufe nicht sofort entfernt worden sind. Die Behauptung, daß jüdischen Zeitungen verboten worden ist, irgendetwas über die Flugblätter zu schreiben, entspricht nicht den Tatsachen.

Abg. Gothein (Vpt.) beschwert sich, daß im Bereich des Stettiner Generalkommandos den zum Heeresdienst in der Heimat eingezogenen Rechtsanwälten das Auftreten vor Gericht verboten wird, wenn sie für die Volksparteiblätter sind, und daß ihr Auftreten durch untergeordnete Organe kontrolliert wird.

General v. Wriesberg bestreitet die Richtigkeit dieser Tatsachen.

Abg. Gothein (zur Ergänzung) weist auf verschiedene Fälle hin, in denen einzelnen Anwälten die Genehmigung zum Auftreten vor Gericht versagt worden ist, und auf einen Beschluß des stellvertretenden Generalkommandos in Stettin, wonach das außerordentliche Kriegsgericht das Verfahren auch dann nicht einstellen kann, wenn es von der Unschuld eines Angeklagten überzeugt ist. (Hört, hört! links.)

General v. Wriesberg: Ich kann darauf nicht antworten, denn das Material steht mir nicht zur Verfügung. (Unruhe links.)

Abg. Gothein (zur Ergänzung): Ich habe das Material mit Namensnennung vor einiger Zeit dem Kriegsministerium übergeben.

General v. Wriesberg: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen. (Große Unruhe links. Rufe: Unerhört!)

Abg. Beinhauer (Vpt.) beschwert sich darüber, daß Hamburger und Danziger Zuckerfirmen sich schon seit Monaten vergeblich beim Reichswirtschaftsamt und bei der Zentraleinkaufsgesellschaft um eine Beteiligung bei der Ausfuhr des Zuckers aus der Ukraine bemühen.

Geheimrat v. Simson: Die Verhältnisse in der Ukraine liegen leider für eine Beteiligung des deutschen Handels keinen Raum, da die ukrainische Regierung die Ausfuhr selbst in die Hand genommen hat.

Die Abgg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.), Held (Natl.), Stöcker (Soz.), Dr. Wirth (Zentr.) weisen darauf hin, daß in der Sitzung vom 12. Juni seitens der Militärverwaltung gesagt wurde, ein allgemeines Verbot des Verkehrs zwischen Angehörigen des Heeres und den Reichstagsabgeordneten bestehe nicht. Es werden aber von vielen militärischen Stellen Angehörige der Armee mit kriminellen und disziplinarischen Strafen bedroht, falls sie mit Volksvertretern in Verkehr treten. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um Offiziere und Mannschaften gegen diese Uebergriffe kurzsichtiger Vorgesetzten zu sichern?

General v. Wriesberg: Solchen Fällen kann nur nachgegangen werden, wenn dem Kriegsministerium nähere Angaben darüber gemacht werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen: Bestehen in einzelnen Truppenteilen besondere Verbote über den Verkehr zwischen Heeresangehörigen und Abgeordneten?

General v. Wriesberg: Der Heeresverwaltung ist nicht bekannt, daß Sonderverbote bestehen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (zur Ergänzung): In Tausenden von Frontbriefen, Briefen aus der Etappe und den Garnisonen wird Klage über das Verbot des Verkehrs zwischen Abgeordneten und Soldaten geführt.

General v. Wriesberg: Wenn der Heeresverwaltung solche Fälle vorliegen, werden sie nachgeprüft werden. Jedenfalls kann Bestrafungen nur nachgegangen werden, wenn im Kriegsministerium nähere Angaben über den einzelnen Fall gemacht werden.

Die Abgg. Stücklen und Wels (Soz.) verweisen darauf, daß bei manchen Gefangenen-Ueberwachungsbataillonen allen Mannschaften der Urlaub gesperrt wird, wenn Entweichungen von Gefangenen vorkämen.

Oberst v. Frankenberg erwidert, daß Fälle, in denen eine allgemeine Rachesüchtigkeit der Bewachungsmannschaft festgestellt werden kann, sich wohl ergeben können, und daß eine vorübergehende Verschiebung des Urlaubs zum Zweck der Untersuchung angängig sein könne. Nicht zu billigen wäre eine Urlaubs-Zurückstellung aller Mannschaften, ohne daß ein zwingender Grund vorläge.

Abg. Ahnsel (U. Soz.) führt Beschwerde darüber, daß den in der Ukraine stehenden deutschen Soldaten ihre Löhnung in österreichischer Währung ausgezahlt wird, wodurch sie bei dem Kurssturz der österreichischen Währung geschädigt werden.

General v. Oven: Durch eine Verfügung vom 18. April ist angeordnet worden, die Löhnung nicht mehr in Kronen auszuzahlen.

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß einzelne Anfragen, die das Auswärtige Amt betreffen, zurückgestellt werden müssen, da niemand vom Auswärtigen Amt anwesend sei.

Es folgt die Fortsetzung der

zweite Lesung des Branntweinmonopols.

Der grundlegende § 1, über den gestern verhandelt wurde, wird unverändert angenommen.

Eine ganze Reihe weiterer Paragraphen wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 132 handelt von der Verwertung des Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen. Der Bundesrat wird ermächtigt, auch die Abgabe solchen Branntweins zu ermäßigten Verkaufspreisen zuzulassen, der im öffentlichen Kranken-, Entbindungs- und ähnlichen Anstalten oder in öffentlichen wissenschaftlichen Lehr- und Forschungsanstalten verwendet wird.

Ein Schlußsatz dieses Paragraphen besagt, daß den Krankenkassen für jedes Mitglied und Jahr eine Mark als Rückvergütung aus der Monopolkasse zu zahlen ist.

Mit der Aussprache verbunden wird § 2b, der die Aufwendungen für die Wohlfahrts- und Wirtschaftszwecke enthält.

Ein Antrag Dr. Blunck (Frs. Vp.) will den Schlußsatz des § 132 ganz streichen, dafür aber im § 252b einfügen, daß 8 Millionen Mark aus der Monopoleinnahme jährlich zur Ermäßigung der Kosten für alkoholhaltige Heilmittel für die minderbemittelten Volkskreise, insbesondere die Mitglieder der Kranken- und Knappschaftskassen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.) hält den Antrag Blunck für praktisch undurchführbar und bittet, es bei dem Beschluß des Ausschusses zu belassen.

Ministerialdirektor Meuschel tritt für den Antrag Blunck ein.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt, im § 252b statt 8 Millionen 16 Millionen zu bewilligen.

Mit dieser Aenderung wird der Antrag Blunck nach Streichung des letzten Absatzes in § 132 angenommen, so daß also 16 Millionen Mark zur Ermäßigung der Kosten der alkoholhaltigen Heilmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Die Debatte über die §§ 135 und 146 bis 151 wird verbunden.

§ 135 bestimmt, daß für die Essigerzeugung der Alkohol zu ermäßigten Preisen von der Monopolverwaltung abgegeben werden soll, um diese wettbewerbsfähig zu erhalten gegenüber der chemischen Industrie.

In den §§ 149a und b wird die Kontingentierung der Essigerzeugung eingeführt und dahin geregelt, daß Bezugsrechte für die Gärungsessigindustrie und Betriebsrechte für die Holzessigindustrie gebildet werden.

Ein Antrag Dr. Blunck besagt: Die Bezugsrechte sind unbeschränkt übertragbar und auf Antrag als Betriebsrechte anzurechnen.

Abg. Wurm (Unabh. Soz.): Wenn diese Paragraphen angenommen werden, wird die Karbidessigindustrie schwer geschädigt zugunsten der Kartoffelbrennerei. Die Karbidessigindustrie ist dadurch, daß ihre Erzeugnisse von der Heeresverwaltung verbraucht wurden, verbindert gewesen, in der Kriegszeit Speiseessig unter Verbrauchsabgabe zu liefern. Das wird jetzt dazu benutzt, um sie von der Kontingentierung, d. h. vom Markte auszuschließen, weil wir eben kein Betriebsrecht bekommen. Wir beantragen daher, damit die Holzessigindustrie nicht der Karbidessigindustrie die Bezugsrechte wegkauft, die Verkäufe für die Holzessigindustrie zu sperren.

Der Antrag Blunck wird angenommen, im übrigen werden die Kommissionsbeschlüsse bestätigt.

§ 238 handelt von der Uebertragung von Brennrechten.

Abg. Peus (Soz.) wünscht, unter Bezugnahme auf einen besonderen Fall in Dessau, daß auch Betriebe, die bisher noch kein Brennrecht besitzen, Brennrechte erwerben können.

Abg. Kreth (Kons.): Die gewerblichen Brennereien haben ein großes Interesse daran, davor geschützt zu werden, daß auch Zuckerfabriken Brennrechte erwerben.

§ 238 wird angenommen.

Bei § 252b, der u. a. bestimmt, daß aus der Monopoleinnahme jährlich 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht und ihrer Ursachen sowie zur Milderung der durch die Trunksucht herbeigeführten Schäden dem Reichskanzler zur Verfügung zu stellen sind, findet eine Abstimmung durch Hammelsprung statt.

Die 4 Millionen werden mit 161 Stimmen gegen 121 Stimmen bewilligt.

Im übrigen wird die Vorlage nach den Kommissions-Beschlüssen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Abänderung des

Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen.

Die Kommission hat die in der Vorlage enthaltenen Sätze etwas vermindert.

Abg. Brockhausen (Kons.) wünscht, daß die Sätze der Regierungsvorlage wieder hergestellt werden, sonst müßten die Arbeiterlöhne wieder ermäßigt werden.

Abg. Gothein (Frs. Vp.) wendet sich gegen die Wiederherauffetzung der Sätze und beantragt Teuerungszulagen für die Beamten.

Abg. Dr. Arendt (Deutsche Fraktion) unterstützt den Antrag Brockhausen.

Ministerialdirektor Müller bittet ebenfalls um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Brey (Soz.) widerspricht der Auffassung, daß die im Gesetz genannten Löhne Höchstlöhne seien, es handle sich hierbei nach der Auffassung des Gesetzgebers und der Kommission um Mindestlöhne. Dem Antrag Gothein um Gewährung von Teuerungszulagen an die Beamten treten meine Freunde bei. Die Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage ist um so mehr notwendig, als sonst das Gesetz jetzt nicht zustande kommt, die Kaliarbeiter, die schon so lange auf eine Zulage warten, ihrer aber dringend bedürfen.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.): Die Kalipreise, die die Kommission festgesetzt hat, genügen. Auch bei ihnen können die erhöhten Löhne den Arbeitern sehr wohl gezahlt werden.

Die Anträge Brockhausen (Wiederherstellung der Sätze der Regierungsvorlage für Kali) und Gothein (Teuerungszulagen) werden angenommen, der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen der Komission angenommen.

Das Gesetz wird darauf sofort in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird das Gesetz über die Zusammensetzung des Reichstags und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen in dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgen Abstimmungen über Resolutionen zur Ernährungsfrage, von denen eine Anzahl angenommen, einige abgelehnt werden.

Angenommen wird ferner eine Resolution, die eine stärkere Kohlenförderung durch Heranziehung von Gefangenen und von Angehörigen des Heeres zur Kohlenförderung fordert.

Ferner wird angenommen eine Resolution, die von der Kleiderabgabe diejenigen Deutschen zu befreien wünscht, die weniger als 1200 Mk. Einkommen haben und diejenigen, die in den vom Feinde besetzt gewesenen Gebieten (Ostpreußen) wohnen.

Graf Westarp beantragt zur Geschäftsordnung, die Abstimmung über die Resolution zur Ernährungsfrage zu wiederholen, da das Haus sich bei dieser Abstimmung nicht beweist gewesen wäre, worüber es abstimmt. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.) widerspricht der Wiederholung. Ein solcher Vorgang würde uns auf eine schiefe Ebene führen.

Es folgt die

dritte Lesung der Steuervorlage.

Abg. Keil (Soz.): Die Zeit zur Beratung dieser umfangreichen Steuergesetze war zu kurz. Um Härten zu vermeiden, ist in vielen Fällen dem Bundesrat in übermäßigem Umfange Vollmacht erteilt. Wir sprechen den Wunsch aus, daß uns in Zukunft solche Steuervorlagen rechtzeitig vorgelegt werden mögen. (Allseitige Zustimmung.) Eine neue Erscheinung ist diesmal, daß der Reichstag 1200 Millionen mehr Steuern beschlossen hat, als die Regierung vorgeschlagen hatte. Dabei hat er noch keinen Pfennig zuviel beschlossen, sondern eher zu wenig. Die Erbschaften werden bei uns steuerlich geschont, wie in keinem anderen Lande Europas. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man belastet fortgesetzt den Verbrauch, anstatt die naheliegenden Besitzsteuern heranzuziehen. Hunderte von Millionen, werden so während des Krieges der Reichskasse entzogen. Die Stimmung, die dadurch im Volke erzeugt wird, wird eines Tages sicher ihre Wirkungen haben. Der Resolution, die eine allgemeine Vermögensabgabe zur Abbürdung der Kriegsschulden verlangt, stimmen wir zu. Von der außerordentlichen Kriegsabgabe, die beschlossen ist, hat man leider das reguläre Einkommen dieser Freigelassen. Dadurch sind wieder sehr große Einnahmen der Reichskasse entzogen. Immerhin ist es zu begrüßen, daß trotz des scharfen Widerstandes der einzelstaatlichen Finanzminister eine Besteuerung des Mehreinkommens und der Vermögen durch das Gesetz als einmaliger Akt zustande gekommen. Auf die Dauer aber wird sich das Volk die Schonung des Besitzes nicht gefallen lassen. Wir werden den Kampf weiterführen, um eine Verteilung der Riesenlasten, die der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Das wird dann der Fall sein, wenn zunächst der Besitz bis an die äußerste Grenze des Zulässigen zur Steuer herangezogen wird. (Bravo! bei den Soz.)

Reichsschatzsekretär Graf Roedern spricht die Zustimmung der Regierung zu den vom Reichstag über die Regierungsvorlagen hinaus beschlossenen Steuern aus, und erklärt, daß der Reichsfinanzhof nicht in Berlin seinen Sitz haben wird, sondern in Süddeutschland. Ich bedaure, daß die Fraktion des Vorredners gegen den größeren Teil der Gesetze stimmen will. Es ist undenkbar, daß der Bedarf, vor dem wir jetzt stehen, allein durch Besitzsteuern gedeckt werden könnte. Deshalb war es richtig, bei den Verbrauchssteuern jetzt ganze Arbeit zu machen und dies Gebiet abschließend zu bearbeiten.

Abg. Bernstein (Unabh. Soz.): Der Kriegsabgabe werden wir zustimmen. Hätte man diese Abgabe vom Einkommen und Vermögen so herangezogen, wie wir es wünschten, so hätte man auf die Verbrauchs- und Verkehrssteuern verzichten können, die wir grundsätzlich ablehnen. Ganz besonders ist zu bedauern, daß man nicht daran gegangen ist, die Erbschaftssteuern recht kräftig zum Nutzen des Reiches auszubauen. Wir werden immer erneut eine erhöhte Reichswirtschaftssteuer verlangen. Auch jetzt bringen wir einen Antrag ein, eine Reichserbschaftssteuer und eine erhöhte Abgabe vom Vermögen zu verlangen. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Die Debatte schließt.

Unter Ablehnung der eben vom Abg. Bernstein erwähnten Anträge gegen die Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Sozialdemokraten wird die außerordentliche Kriegsabgabe angenommen.

Auch die übrigen Steuergesetze werden in dritter Lesung angenommen, das Schaumweinsteuergesetz auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten.

Beim Reichsstempelgesetz liegt ein Antrag Antrick und Gen. (Soz.) vor, die Einkommen aus dem Fideikommiß zur Steuer mit heranzuziehen. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Bei Schluß des Berichts dauern die Abstimmungen fort. Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Politische Uebersicht.

Japan und China.

Der Gedanke einer Intervention Japans in Sibirien taucht in der deutschen Presse in regelmäßigen Abständen immer wieder auf. Man ist in Deutschland geneigt, in Japan einen imperialistischen Staat zu sehen, der seinen Eroberungsgelüsten mit skrupelloser Gewalt überall da nachgeht, wo sich ihm immer eine Gelegenheit bietet, und deshalb nimmt man an, daß die japanischen Politiker in kurz oder lang doch noch mit bewaffneter Hand von Wladiwostok aus vordringen würden. Tatsächlich aber ist das Ziel der japanischen Politik immer noch China. Jene Oase in der kapitalistischen Welt, die noch nicht vom Kapitalismus völlig durchdrungen ist, jener gewaltige Markt für Industrieartikel, jenes Land der noch ungehobenen reichen Bodenschätze.

Aber die Eigenschaften, die die Blicke des japanischen Imperialismus auf China lenkten, bildeten Anziehungspunkte erst recht für die europäischen Großmächte. Als darum im Jahre 1895 Japan kriegerisch gegen China vorging, traten die Großmächte Rußland, Frankreich und Deutschland beim Friedensschluß dazwischen, so daß es dem japanischen Imperialismus unmöglich wurde, seine Pläne durchzuführen. Und in den folgenden beiden Jahrzehnten, die ihr Gepräge durch die auf Eroberungen abzielende imperialistische Politik aller Großmächte erhielten, haben die Großmächte alle sich einen „Platz an der Sonne" gesichert, um von da aus die Kapitalisierung Chinas betreiben zu können. Auch Japan gelang es im russisch-japanischen Krieg, ein Sprungbrett im Hafen von Petschili zu erhalten, von dem aus es sich zu weiteren Eroberungen chinesischen Gebiets anschicken konnte.

Seit 1895 hat die japanische Industrie einen beträchtlichen Aufschwung genommen; aber sie leidet an zwei Mängeln. Die Rohstoffe, namentlich Kohle, kommen in Japan nicht in so großen Mengen vor, daß auf die Dauer der Bedarf der wachsenden Industrie damit gedeckt werden könnte, namentlich wenn die Aufrechterhaltung und der Ausbau der Schlachtflotte erhebliche Mengen verschlingen. Andererseits ist die Qualität der japanischen Industrieartikel sehr minderwertig, so daß sie nur für einen Markt in Betracht kommen, auf dem ihnen nicht die Konkurrenz der modernen Industriestaaten entgegentritt, oder wo die Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung so gering ist, daß selbst japanische Waren gekauft werden. In Wladiwostok hat sich in den letzten Wochen gezeigt, daß die Japaner der amerikanischen Konkurrenz durchaus nicht gewachsen sind, da allgemein die solidere amerikanische Arbeit vor der japanischen vorgezogen wurde.

In China nun sieht der japanische Imperialismus das Land, das die Japan fehlenden Rohstoffe besitzt, und zugleich den Markt, den es mit seinen Industrieartikeln überschwemmen könnte. Er hat darum während des Krieges mehr als einen Anlauf unternommen, um seine Ziele in China durchzusetzen. Im Jahre 1915 stellte er China ein Ultimatum, dessen Annahme Japan zur Vormacht in China gemacht haben würde. Damals traten die Ententemächte dazwischen, Japan mußte seine Forderungen aufgeben. Nunmehr aber scheint Japan am Ziele zu stehen. Zugleich mit einer Meldung über einen chinesisch-japanischen Militärvertrag zum Zwecke gemeinsamer Verteidigung gegen Angriffe, die auf die chinesische Westgrenze erfolgen würden, in dem Japan das Recht der Verfügung über die chinesischen Truppen zugestanden wurde, teilt eine andere, unbeachtet gebliebene Meldung mit, daß Japan das Recht erhalten habe, die wichtigsten chinesischen Eisengruben mit japanischem Kapital zu betreiben. Damit hätte Japan den festen wirtschaftlichen Stand in China erreicht, nach dem es so lange strebte. Sein Interesse an einer Intervention in Sibirien ist danach sicher nicht sehr groß. Es fragt sich nur, wie lange es seine Vormacht in China behaupten wird.

Ein Hilfsdienstprozeß mit Freispruch.

Aus Stettin wird der L. A. berichtet: Wegen Vergehens gegen das Hilfsdienstgesetz war dem Parteisekretär der U. S. P. Genossen August Horn-Stettin, der seit dem 13. Februar d. J. eine 1Monatige Gefängnisstrafe wegen versuchten Landesverrats verbüßt, von der Staatsanwaltschaft in Stettin durch Strafmandat eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen auferlegt worden.

Genosse Horn war seit Ausbruch des Krieges als Bezirksleiter zweier Stadtbezirke in der Kriegsfürsorge und als Mitglied der Steuereinschätzungskommission in erheblichem Maße tätig gewesen. Er entsprach deshalb völlig den Anforderungen, die an einen Hilfsdienstpflichtigen gestellt werden können. Trotzdem erhielt er von dem Einberufungsausschuß in Stettin die Aufforderung, sich in einem hilfsdienstpflichtigen Betrieb für den ganzen Tag Beschäftigung zu suchen. Horn kam dieser Aufforderung nicht nach, sondern erhob Beschwerde beim Einberufungsausschuß und Kriegsamt in Berlin. Außerdem wurde er von dem Magistrat in Stettin als unabkömmlich für beide Körperschaften reklamiert. Die Beschwerden wie die Reklamationen wurden abgewiesen; Horn erhielt am 19. Januar die Aufforderung, am 24. Januar in Gnesen in einer Schuhfabrik einzutreten. H. ist von Beruf Schuhmacher und mußte vor mehr als 20 Jahren den Beruf, auf ärztliches Anraten, infolge Lungenkrankheit aufgeben. Horn folgte dem Befehl nicht, sondern legte gegen den Ueberweisungsbefehl Berufung bei dem Feststellungsausschuß ein. Darauf erhielt er den Strafbefehl.

Gegen ihn beantragte Horn richterliche Entscheidung. Die erste Hauptverhandlung fand am 13. April statt. Sie wurde vertagt, weil das Gericht nicht feststellen konnte, ob die Kriegs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180713-11/fragment/page=0002

unterstützungs- und die Steuereinschätzungskommission behördliche Organe — im Sinne des § 2 des Hilfsdienstgesetzes seien. Eine neue Hauptverhandlung fand am 6. Juli statt, wozu Genosse Horn aus dem Zentralgefängnis zu Gollnow dem Gericht vorgeführt wurde. Schon nach der Vernehmung des von Horn geladenen Zeugen, des Bürgermeisters Dr. Thode als Vorsitzender der Kriegsunterstützungskommission, über die Tätigkeit des Genossen Horn als Bezirksleiter in der Kriegsfürsorge, erfolgte auf Antrag des Staatsanwalts selbst die Freisprechung. Der zweite von Horn geladene Zeuge, der Vorsitzende der Steuereinschätzungskommission, wurde gar nicht mehr vernommen. Bei diesem Ausgang des Prozesses fragt man sich unwillkürlich: Wozu diese Aktion angesichts der notorischen Ueberbürdung der Gerichte?

Kleine politische Nachrichten.

Bevorstehender Rücktritt Seidlers? Die Lublin erscheinende, österreichisch-polnischen Kreisen sehr nahestehende Zimna Lublsta berichtet — unter militärischer Zensur — aus Wien: In den nächsten Tagen werde der österreichische Ministerpräsident Dr. v. Seidler seinen Platz einer Persönlichkeit räumen, die sowohl den deutschen wie den polnischen Parteien gleich genehm sein werde. Angeblich handelt es sich um eines der beiden Reichsratsmitglieder Dr. von Biliński oder Dr. Korytowski.

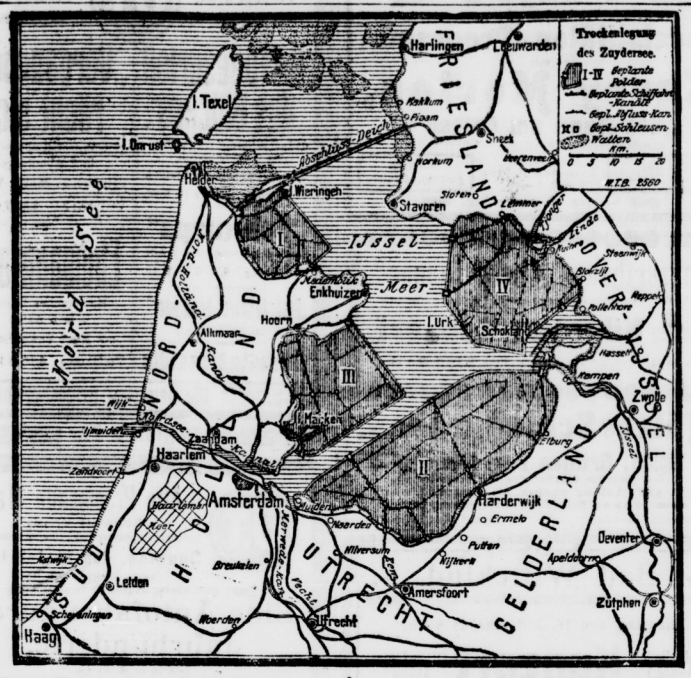
Der Anklageantrag gegen die rumänischen Kriegstreiber. Bukarest, 11. Juli. Aus Jassy wird amtlich gemeldet: Im Laufe der heutigen Kammersitzung verlas der Abgeordnete Stroici einen parlamentarischen Initiativantrag auf Anklageerhebung gegen die früheren Minister Ionel Bratianu, Vintila Bratianu, Emil Costinescu, Alexandru Constantinescu, Vasile Morzun, Doktor Anghelescu und Take Ionescu, gemäß dem Gesetz über die ministerielle Verantwortlichkeit. Der Antrag ist begleitet von den Anklagepunkten gegen die Regierung, die Rumänien in den unheilvollen Krieg verwickelte. Der Antrag war Gegenstand lebhaften Beifalls. Gemäß der Kammerordnung und dem Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit wurde der Antrag den Bureaus der Versammlung überwiesen, die schnell die nötigen Formalitäten erledigen sollen.

Japans abwartende Haltung. Tokio, 12. Juli. (Reuter.) Der Bericht aus Washington daß Japan beschlossen habe, das Ersuchen der Ententemächte, unter allen Umständen in Sibirien vorzugehen, zurückzuweisen, wird amtlich für unrichtig erklärt. In Japans Haltung ist keine Aenderung eingetreten. Amerikas Antwort über die Angelegenheit wird abgewartet. Außerhalb der amtlichen Kreise ist man sich in Japan jetzt ziemlich einig darüber, daß es augenblicklich nicht notwendig ist, Truppen nach Sibirien zu schicken.

Aus der Partei.

Genosse Richard Lipinski aus der Haft entlassen. Die L. V. berichtete am Freitag: Heute ist der Genosse Richard Lipinski, der wegen des Januarstreiks seit dem 19. März in Untersuchungshaft saß, aus der Haft entlassen worden. Er ist als letzter von den damals Verhafteten wieder in die Freiheit zurückgekehrt. Hoffentlich hat der Genosse Lipinski die lange Haft ohne dauernde Schädigung an seiner Gesundheit überstanden.

Immer tiefer. Unglaublich, aber wahr ist es, was uns aus Offenbach am Main von einem Leser des Vbl. geschrieben wird: daß nämlich die regierungssozialistischen Führer sich nicht schämen, ihre Namensunterschrift herzugeben zur öffentlichen Reklame für einen Vortrag des Geheimen Hofrats Prof. Dr. Walter Goetz, der in der Reichsdeutschen waffenbrüderlichen Vereinigung gehalten wird und dem Thema: Der großdeutsche Gedanke in der Vergangenheit gilt. Die veranstaltende Vereinigung ist ausgesprochen alldeutsch, Prof. Goetz' Auffassung ist ebenfalls bekannt, zum Ueberfluß ist ihre großdeutsche Tendenz im Thema des Vortrags noch ausdrücklich angezeigt. Trotzdem befinden sich unter der öffentlichen Einladung in den Zeitungsinseraten auch die Namen der regierungssozialistischen Lokalgrößen Offenbachs: des Reichstagsabgeordneten Ulrich, des Stadtverordneten und Redakteurs am Offenbacher Abendblatt Bruhns und des Beigeordneten Eißnert. Diese mandatsbevorzugten Herren wundern sich dann, wenn die Unabhängige Partei in Offenbach-Dieburg immer mehr Anhänger findet.



Das Ende der Zuidersee.

Nachdem in langwierigen Verhandlungen in der holländischen Zweiten Kammer der Gesetzentwurf über die Trockenlegung der Zuidersee angenommen worden war, hat nunmehr das Gesetz die königliche Zustimmung erhalten. Wie der Prometheus bemerkt, wird diese Tat für die Geschichte der Niederlande von allergrößter Bedeutung sein, da das Land dadurch eine ganz neue Provinz erhält, die sicher eine zahlreiche Bevölkerung zu ernähren vermag. Der Plan selbst geht bis auf das Jahr 1850 zurück, wurde aber immer wieder mit Rücksicht auf Fischerei und Schiffahrt beiseite geschoben. Nach dem jetzt angenommenen Gesetz soll damit begonnen werden, daß man die ganze Zuidersee durch einen Deich von 29,3 Kilometer Länge, der von der Insel Wieringen nach Friesland führen soll, von der Nordsee abschließen wird. Die Baukosten dieses Deiches, der stellenweise durch ziemlich tiefes Wasser führt, werden auf mindestens 50 Millionen Mark veranschlagt. Nur ein Stück der großen Meeresbucht soll außerhalb des Deiches bleiben. Von dem übrigen Teil der Zuidersee will man mehr als die Hälfte trocken legen, während das mittlere Stück als See bestehen bleiben und den Namen Ijsselmeer erhalten soll. Die Ausführung des ganzen Planes soll 30 Jahre beanspruchen und insgesamt 200 Millionen Gulden kosten.

Der Millionen-Schwindler.

Ein Börsenroman von Hans Hyan.

2] (Nachdruck verboten.)

Der Leutnant versprach hoch und teuer, sich einzurichten und weder Wechsel- noch sonstige Schulden zu machen und verpflichtete sich nochmals auf Ehrenwort, sein Versprechen zu halten.

Das war vielleicht ein halbes Jahr her. Und jetzt liefen schon wieder für mehr als 30 000 Mark Wechsel auf den jungen Grafen.

Wie das gekommen? — Er wußte es selber nicht. Das Spiel, die Frauen, Gott weiß was hatte ihn hineingerissen in diesen Abgrund, aus dem er selbst kein Entrinnen mehr sah.

Der Wucherer hatte ihm das Geld förmlich aufgedrängt.

Und der, mit dem er sich schließlich wieder in so dunkle Geschäfte eingelassen, hatte ihm die feste Versicherung gegeben, daß die Wechsel auf keinen Fall in Umlauf gesetzt, und so lange der junge Graf es selbst wollte, mit den entsprechenden Zinsen prolongiert werden sollten.

Daß diese Zinsen lawinenartig anwuchsen, und die Summe endlos vergrößerten, danach fragte Erich v. Holleben noch am wenigsten. Die Summe selbst und ihre Höhe war ihm gleichgültig. Nur die Tatsache, daß er sie, entgegen seinem ehrenwörtlichen Versprechen, geborgt, und zwar auf Wechsel geborgt hatte, ließ ihn keine ruhige Stunde mehr finden.

Als man ihm die ersten 3000 Mark aufschwatzte, hatte der Geldmann ihn damit beruhigt, daß er, der früher mit so viel Glück gespielt habe, die launenhafte Fortuna doch schließlich wieder einmal beim Wickel fassen müsse . . . Und tatsächlich, konnte er denn nicht jeden Tag einen Gewinn machen, mit dem er diesen Aasgeiern den Mund stopfte?

Der grüne Tisch ebenfalls wie die Rasen ließen diese Möglichkeit jederzeit offen, und Erich von Holleben, der sich lange Zeit vom Turf ganz fern gehalten hatte, war für diese Saison wieder als Herrenreiter gemeldet und hatte sich fest vorgenommen, durch rücksichtsloses Wetten all seiner Verlegenheit mit einem Male Herr zu werden.

Allmählich war auch die Stimme seines Gewissens eingeschlafen. Zu den alten Schulden kontrahierte er neue, und dachte gar nicht daran, die alten zu bezahlen. Das mußte denn alles in einem hingehen und auch mit einem Male bezahlt werden.

Da wurde er plötzlich in einer sehr unliebsamen Weise an seine Verbindungen erinnert.

Eines Morgens erhielt er einen Brief von einem Herrn Max Anton Keller, der sich Bankier nannte und ihm mitteilte, er habe eine ganze Reihe von Wechseln mit der Unterschrift des Grafen gekauft und bäte, da diese Sichtwechsel seien und überdies schon recht lange liefen, um Bezahlung innerhalb drei Tagen. Dann führte er die einzelnen Wechselposten auf, und Erich von Holleben, der in der letzten Zeit unterschrieben hatte, was man wollte, wenn er nur Geld dafür bekam, sah zu seinem Schrecken, daß die Beträge inzwischen auf 50 000 Mark angewachsen waren.

Sein erster Weg führte ihn nun zu dem Wucherer, der ihm das Geld geliehen hatte. Er hielt dem Manne vor, daß er ihm doch fest versprochen habe, er wolle die Wechsel nicht in Umlauf bringen. Der Mann zuckte die Achseln: es sei ihm schließlich selbst zu viel geworden, er hätte ja auch nicht alles in Umlauf gebracht, über 20 000 Mark Wechsel lägen noch in seinem Geldschrank.

Erich von Holleben wollte diese Zahl schon anzweifeln und bestreiten, als ihm einfiel, daß er sich den Halsabschneider jetzt auf keinen Fall zum Feinde machen dürfe.

„Schön," sagte er, meinetwegen. Aber lassen Sie sie wenigstens alle liegen, denn das mit dem Herrn Keller, das ist doch nur 'n Kniff, um mich zum Zahlen zu veranlassen."

Der Wucherer wußte lange reden, ehe er Erich von Holleben begreiflich machen konnte, daß dies keineswegs ein Kniff, sondern ein tatsächlich mit barem Gelde abgeschlossenes Geschäft sei. Dieser Max Anton Keller habe ihm wirklich mit barem Gelde die Wechsel abgekauft. Er selbst hätte keinerlei Recht mehr daran, und er könne dem Herrn Grafen nur raten, hinauszufahren nach Friedenau und mit dem Bankier persönlich zu unterhandeln.

Der Offizier war ganz niedergeschmettert, und der Schlag traf ihn um so härter, als er gerade jetzt den Ehrenhandel auszufechten hatte mit Raoul Meier. Mehr wie sonst hätte er in diesem Augenblicke seine kaltblütige Ruhe gebraucht, und er brachte es nicht über sich, sich seinem Gegner vor die Pistole zu stellen, ehe er nicht diese leidige Angelegenheit aus der Welt geschafft hatte.

Der Besuch bei Herrn Keller war ihm besonders peinlich.

Dieser Biedere, den sein Bullenbeißer wie immer begleitete, öffnete dem Grafen selbst die Tür, und das wirklich vornehme Aeußere des Kavaliers gab dem Wesen des ehemaligen Hausknechts sofort eine tiefe Devotion.

Aber kaum hatte Erich von Holleben den Zweck seines Besuchs kundgegeben, so veränderte sich das Wesen dieses „Geldmannes" überraschend schnell und ungünstig.

„Ach so, Sie kommen wegen die Wechsel," sagte er und schritt seinem Besuche voran ins Bureau. „Ja . . . die habe ich und die können Sie auch jeden Augenblick kriegen, Sie brauchen bloß bezahlen!"

Der junge Graf biß sich auf die Lippen. Es wurde ihm schwer, den Ton zu finden diesem Unverschämten gegenüber, der allein zum Ziele führen konnte.

„Die Absicht habe ich momentan noch nicht," erwiderte er gemessen, „Ihnen das zu sagen, bin ich heute hier."

„Na, da werden wir uns sehr einfach an Ihren Herrn Vater wenden."

Der Graf empfand ein nervöses Beben in seiner Brust, aber er suchte sich zu beherrschen.

„Sie würden damit nichts erreichen . . . Ich bin, wie Sie wissen, volljährig, und mein Vater hat bei der letzten Regulierung meiner Verbindlichkeiten dem Herrn Viktor Annas, von dem Sie diese Wechsel gekauft haben, ausdrücklich erklärt, daß er nichts mehr für mich zahlen würde . . ."

„Na, das wollen wir doch erst mal sehen . . . Jedenfalls soll er mal erfahren, wie Sie die Leute einlegen, Herr Graf."

Der Adlige biß sich auf die Lippen. Er hätte dieses Vieh, das sich erfrechte, ihm so gegenüberzutreten, am liebsten zu Boden geschlagen, aber die Drohung, die jener eben ausgesprochen hatte, seinem Vater von diesen Wechseln zu erzählen, diese Drohung machte ihn ängstlich und zwang ihn, sich in alles zu fügen.

Kurz entschlossen sagte er:

„Also was verlangen Sie dafür, daß Sie mir . . . na sagen wir die Wechsel drei Monate prolongieren?"

Der andere lachte schallend:

„Wat ick verlange, hahahaha, verlangen tu ich überhaupt nischt! . . . Damit Sie nachher vor Gericht sagen, ich hätte Ihre Notlage ausgenutzt und so . . . Ne mein lieber Graf."

Der Edelmann richtete sich plötzlich stolz empor. Bis in die Stirn stieg ihm die Röte und seine Augen loderten.

„Ich verbiete Ihnen, mich in einer solchen pöbelhaften vertraulichen Weise anzureden," sagte er scharf und schneidend, „damit, daß Sie Kuchenwechsel, die mein Afzept tragen, gekauft haben, und nun den Betrag von mir verlangen, damit haben Sie noch keineswegs die Berechtigung erworben, mir so zu begegnen, und ich fordere Sie hiermit auf, Ihren Ton und Ihr Benehmen zu ändern, da ich mich sonst veranlaßt sehe, Sie sofort zu verlassen!"

Diese energische Sprache verfehlte ihre Wirkung auf Herrn Max Anton Keller nicht. Er wurde geschmeidiger und entschuldigte sich damit, daß so fürchterlich viel Leute heutzutage umherliefen, die zwar adlig wären, aber trotzdem schon einen großen Fleck auf der Weste hätten . . . Man könnte das doch nicht gleich so genau unterscheiden, und er sei gewiß derjenige, der jedem seine Ehre lassen wolle, und der Herr Graf möchte gefälligst entschuldigen, wenn er sich irgendwie beleidigt gefühlt hätte, in seiner Absicht habe das nicht gelegen . . .

„Was verlangen Sie also?" fragte der Graf.

„Ich verlange grundsätzlich gar nichts, aber wenn der Herr Graf mich 'n bißchen entschädigen wollen, daß ich auch etwas dabei habe . . ."

„Wieso," fragte Erich von Holleben argwöhnisch, „Sie verdienen doch jedenfalls sehr hübsch an der Geschichte?"

„Na, ja, ja," lenkte der Wucherer, der sich fast verplappert hätte, sofort wieder ein, „aber immerhin, ich habe doch die Wechsel sofort voll bezahlt, und wenn ich auch nur 'n kleines Zinsen und ein kleines Agio daran verdiene, davon kann ich doch nicht fett werden!"

„Also schön, schreiben Sie 'n Afzept aus," sagte der Graf.

Im Handumdrehen hatte es der Wucherer parat.

„Dreitausend Mark," las der Graf fragend, „na, hören Sie mal, das ist denn doch 'n bißchen happig."

Er überlegte, aber in dem sehnlichsten Bestreben, sich die Geschichte wenigstens für eine Zeitlang vom Halse zu schaffen, nahm er rasch die Feder und schrieb quer.

Der Wucherer nahm das Papier, faltete es zusammen und verschloß es in ein Fach seines Bureaus.

„Nun also meine Prolongationswechsel," drängte der Graf.

„Ja, die Wechsel," sagte Max Anton Keller, sich erhebend und immerfort von seinem Bullenbeißer begleitend, bis mitten ins Zimmer gehend:

„Die Wechsel schicke ich Ihnen heute noch zu, Herr Graf . . . Die haben Sie bestimmt morgen früh bei sich zu Hause."

„Na, warum das, Sie können Sie mir doch jetzt gleich hier geben!"

„Ja, ja," sagte der andere, „das könnte ich schon, aber wissen Sie, da ist noch jemand 'n Kompagnon von mir, den muß ich erst es sagen, aber brauchen keine Angst zu haben, Herr Graf, Sie kriegen Ihre Wechsel!"

„Ich verlange sie jetzt auf der Stelle."

Das Gesicht des Herrn Max Anton Keller verzog sich zu einem breiten Grinsen.

„Was woll'n Sie damit sagen, Herr Graf? . . . Verlangen kann jeder, aber kriegen, das ist was anderes. Warten Sie gefälligst bis morgen früh, dann haben Sie sie."

„Dann geben Sie mir sofort den Dreitausend-Mark-Wechsel zurück," brauste der Kürassierleutnant auf.

„Den können Sie morgen mittag abholen, wenn Sie Ihre Wechsel bis dahin nich haben. . . . Natürlich müssen Sie meinem Boten sofort die neuen Wechsel gegen die alten aushändigen."

Sprachlos vor Wut stand der Adlige dem Wucherer einige Augenblicke gegenüber. Dann sagte er mit unterdrückter Stimme noch einmal:

„Geben Sie mir jetzt das Dreitausend-Mark-Papier zurück . . . oder . . ."

Der Wucherer erwiderte ihm nichts, er sah nur seinen Hund an und sagte:

„Wilhelm, paß auf!"

Darauf schob sich das mordsstarke Tier langsam und mit einem heiseren Knurren bis dicht an den Grafen heran, duckte sich und beobachtete ihn mit seinen hellen Lichtern gespannt.

Der Graf sah ein, das da nichts zu machen war.

„Mit Wucherern," sagte er, „habe ich allmählich gelernt umzugehen, aber Straßenräubern gegenüber weiß ich noch immer nicht, wie ich mich zu benehmen habe! Ich glaube, da ist das beste, man nimmt die Hilfe der Polizei in Anspruch."

Damit drehte er sich um, langte nach seinem Hut und verließ das Zimmer, gefolgt von dem Hunde, der ihn bis auf den Korridor hinaus nicht aus den Augen ließ.

Bis der Graf schon unten im Hausflur war, hörte er noch oben die gemein lachende Stimme des Wucherers.

„Meinst du, daß der noch der Polizei geht, Wilhelm? . . . Das wird er sich wohl noch dreimal überlegen."

Zähneknirschend, mit einem unterdrückten Fluch, sprang der Graf in eine Droschke.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 13-11/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 1/8 Uhr. 1292

Unwiderruflich die letzen

3 Tage 3

das sensationelle reine

Spezialitäten-Programm

mit

Harry Morton,

„der Mann am Galgen“,

und sämtlichen anderen Attraktionen.

3½ Uhr kleine Preise. | Wochentags: Kasse von 10—1½ und 4—6. | 8/8 Uhr gewöhnl. Preise.

Sonntag den ganzen Tag.

Konzerthaus „Oberpollinger“.

Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Täglich: **Künstler-Konzert.**

Es ladet ergebenst ein 1118 Frau **Elsa Beth.**

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: **Großes Frei-Konzert**

der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang nachm. 3½ Uhr. 1114

Neues Operetten-Programm.

Ergebenst ladet ein **Karl Henkelmann.**

:-: Bad Wittekind. :-:

Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr:

(Volkslieder-Abend.) **Konzert** (Volkslieder-Abend.)

zum Besten der

Kriegsbeschädigten-Fürsorge

veranstaltet von

dem Königl. Musikdirektor Willi Wurfschmidt mit dem vereinigten Schulchören, dem ‚Männer-Gesangverein Halle 1911‘ und der Musikabteilung beim Ers.-Btl. Nr. 36 unter Leitung des Königl. Obermusikmeisters Ermlich.

1281

— Eintrittspreis 1 Mark. —

Karten bei Heinr. Hothan und an der Abendkasse. Die Kartensteuer ist vom Magistrat erlassen worden.

Stadt-Theater Halle

Sonntag, den 14. Juli 1918, nachmittags 3½ Uhr:

Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Der Troubadour.

Oper in vier Aufzügen von G. Verdi.

Abends 7½ Uhr:

Die Rose v. Stambul.

Oper in vier Aufzügen von Leo Fall.

1283

Montag, den 15. Juli 1918:

Der fliegende Holländer.

Dienstag:

Sonder-Vorstellung zum Besten der Wohlfahrtskassen der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehörigen u. des Deutschen Bühnenvereins:

Das Dreimäderlhaus.

Gustav Hönemann Grosshandlung Halle (Saale) 2 Bauhof 4 Tel. 3631

Ansichtspostkarten-Versand.

1236a

100 Liebesferien-Postkarten	5.00
50 echte Kunst-Postkarten	7.50
50 Frauenschönheit.-Postkart.	4.00
100 Soldat. u. Militär-Postk.	4.00
100 ff. fort. Muster-Postkarten	3.50
100 Feldpostbriefe	2.75

Verl.-Ges. Silesia, Breslau K.

Guterhaltene 1250 **Möbel, Polsterware** kauft **E. Dippold,** Gr. Gosenst. 2 p.

Alte Promenade 11a — U.T — Leipzigerstraße 88

Fernruf 5738. Fernruf 1224.

1290

„Das Todesurteil des Glückes“.

Eine seltsame Geschichte in 5 Abteilungen.

Hauptrolle: **Eugen Törges.**

Vorführung: 5.10 7.10 9.20.

„Schnurps“

Reizvolles Lustspiel in 1 Akt.

Vorführung: 4.10 6.20 8.40.

„Prof. Grübiers Abenteuer“.

Komödie in 1 Akt.

Berlins berühm. Bauten u. Plätze.

„Vergangheit rächt sich“.

Großes Gesellschafts-Drama in 5 Abteilungen.

Hauptrolle: **Maria Widal.**

Vorführ.: 3.00 4.50 7.00 9.20.

Ehemann a. D.

Humorvolles Lustspiel in 3 Akten mit **Kurt Vespermann.**

Vorführung: 4.10 6.10 8.20.

In beiden Theatern: **Die neuesten Kriegsberichte.**

Beginn 3 Uhr

U.T — Alte Promenade 11a. 1281

Fernruf 5738.

Sonntag, den 14. Juli 1918, nachmittags 3—5 Uhr:

Auf vielseitigen Wunsch:

Eine Autofahrt durch Jahrhunderte.

Drama in 4 Akten.

Kinder und Jugendliche haben Zutritt.

---

*678

Bad Wittekind

Sonntag, den 14. Juli 1918, früh 7—9 Uhr:

Früh-Konzert.

ausgeführt vom Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmeister **Karl Nöhren.**

Nachmittags 3½ Uhr:

Militär-Konzert,

ausgeführt von der Musikabteilung b. Ers.-Batl. d. Landw.-Inf.-Regts. Nr. 36.

Leitung: Kgl. Obermusikmstr. **Ermlich.**

Eintrittspreise: Zum Frühkonzert f. Erwachsene 25 ₰, zum Nachm.-Konzert f. Erwachsene 35 ₰, f. Kinder z. beid. Konzerten je 20 Pf., Dauerkarten haben Gültigkeit.

„Zum Schultheiss“ Merseburger-strasse 10. Jeden Sonntag 1187 **Künstler-Konzert** ab 4 Uhr nachm. bei fr. Eintritt.

Reiches Lager in: Sammel-, Postkarten- und Photographie-Rahmen. **I. Zoebisch,** Gr. Steinstr. 82. *668

Guterhalt. **Möbel und Federbetten verkauft** 1268 **E. Dippold,** Gr. Gosenstr. 12 p.

Apollo-Theater. 1280

Heute, Sonnabend, 1/8 Uhr: **Die tolle Komtess.**

Sonntag, 14. Juli, abends 1/8 Uhr: **Letzte Sonntags-Vorstellung von**

Die tolle Komtess

Operette in 3 Akten von R. Bernauer und R. Schanzer. Musik von Walter Kollo.

Musikalische Hauptpartien: Du abzugsloser Engel du! — Edelweiß-Terzett. — Junges Herz, lass die Liebe ein. — Die Kinderchen, die brauen, die sagen zur Mama ... — Die gute Tante Karola, die sitzt und spielt Pianola. — Usw.

Vorverkauf seit 8 Tage vorum, täglich 9—1 u. 3—½7 Uhr im Theaterbureau. Sonntags, ausgenommen v. 1—3 Uhr, den ganzen Tag.

Zoo.

Sonntag, 14. Juli 1918:

Billiger Sonntag.

Nachmittags 3½ Uhr: **Nachmittags-Konzert** vom Görlach-Orchester.

Abends 7½ Uhr: **Grosses Abend-Konzert.**

Eintrittspreise:

Früh und nachmittags für Erwachsene 40 Pf., von 7 Uhr abends ab 80 Pf., für Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf. — Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt. *677

Raben-Insel

Etablissement Leonhardt, *676

empfiehlt sich zum gefälligen Besuch.

Wittekind

silberhaltiges Solbad in neuartiger, geschützter Lage im Norden von Halle S. Soole, Kohlensäure- und mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektrische Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein m. altem Park, Klaus- u. Galgenberg, Nachtigallentalsel u. Herzschenke. Wohnungen i. Kurhause u. in d. Villen d. Bades. Aerztl. Behandlung übernehmen alle medizin. Professoren u. Aerzte Halles. Med. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mehus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. u. wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird Interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Telephon: Direktion Halle a. S. Nr. 6644. Badeanstalt: Fernsprecher 3675 (für Bestellung der Bäder). *92

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung**

Photographisches Atelier u. Vergrößerungs-Anstalt

Samson & Co.

G. m. b. H.

Poststraße 9-10 · Fernruf 1025 · gegenüber dem Kaiserdenkmal.

Mattbilder:

12 Visites 6.00, 12 Cabinets 12.00

Vergrößerungen auch nach älteren Bildern zu anerkannt billigsten Preisen bei tadellosester Ausführung und größter Haltbarkeit.

:: **Geöffnet an** Sonntagen 8—2 Uhr, Werktagen 8—7 Uhr ::

Größtes und billigstes Atelier am Platze.

1268

Burg-Theater, Grosse Gosenstrasse.

Der Schatz des Grafen. 4 Akter.

Feinsinniges Liebes- u. Schatzgräber-Drama. 1286

Ausserdem: **Das immerwachende Auge.** 2 Akter. Detektiv.

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.

Zahle für

100 Kilo Strumpfwolle	160 Mk.	100 Kilo Neutuch	100 Mk.
100 „ Original-Lumpen 15—30	„	100 „ Knochen	14 „

Zahle für Akten, Zeitungen, Bücher u. Altpapier höchste Tagespreise.

Alle Sorten Felle u. Rosshaare höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab. 1184

Paul Günther, Rohprodukten, Taubenstrasse 3, Hof, hinten links.

Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

1000 Mark Belohnung

demjenigen, welcher mir nachweist, daß eine Firma am Platze ist, welche mehr in Preisen leistet **als ich,** oder die gesetzlichen Höchstpreise sind. Ich gebe aus diesen den werten Einwohnern von Halle und Umgegend eine gewissenhafte Garantie, daß meine Firma diese wird sein, welche jedem Bringer den gesetzlichen Höchstpreis zahlen wird! Hingegen andere Firmen!? mit Aufruf-Inserate? „alles wird streng reell gewogen“ nicht aushalten!

:: :: **wenn es sich wirklich um reellen An- und Verkauf handelt.** :: ::

Gerade diese handeln nur als Unterhändler und niemals als direkte Lieferer an Fabriken.

Zahle:

Altpapierabfälle	Kilo 20 Pfg.	Bücher, Zeitungen	Kilo 30 Pfg.
Akten	„ 32 „	Knochen	„ 15 „

Ferner: Lumpen, Eisen, Wolle 2c. nur zu höchsten Preisen.

Ich kaufe alles und zahle nur höchste Preise. Bei größeren Anlieferungen kulanteste Entgegenkommen. 1288

Domplatz 9. Telephon 3050. **W. Theuring,** **Domplatz 9.** Telephon 3050.

Lasse kostenlos abholen. Gratis-Verteilung extra.

Bekanntmachung.

Ich habe heute zwei Bekanntmachungen über Beschlagnahme, Höchstpreise und Bestandserhebung von Papier-Rundgarnabfällen erlassen.

Die Bekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 13. Juli 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Sonntag, Generalleutnant.

*672

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 13-11/fragment/page=0004

Landgesellschaft Westmark.

Der Germanisierungsplan in Kurland findet ein Gegenstück in einem Germanisierungsplan in Elsaß-Lothringen, von dessen Vorhandensein die Oeffentlichkeit zum ersten Male aus den Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages erfahren hat. Der Zweck dieses Planes ist es, an der deutsch-französischen Grenze einen Stamm von „national zuverlässigen" Grundbesitzern anzusiedeln. Es sollen also die ethnographischen Verhältnisse Elsaß-Lothringens ebenso künstlich verändert werden, wie die ethnographischen Verhältnisse Kurlands. Von dem dieser Plan ausgeht, ist nicht mit Sicherheit festzustellen. Fest steht nur, daß im großen Hauptquartier diesem Plan sehr lebhaftes Interesse entgegengebracht worden ist.

Die Einzelheiten des Planes erinnern durchaus an den kurländischen Plan. Eine Landgesellschaft Westmark ist gegründet worden, die die liquidierten Güter in Elsaß-Lothringen aufkaufen und weitergeben soll. Die Tendenz dieser Gesellschaft geht deutlich aus den Persönlichkeiten der Beteiligten hervor. Gesellschafter sind bekannte alldeutsche Schwerindustrielle und außerdem die Führer der preußischen Ostmarkenpolitik. Süddeutsche Landgesellschaften und Kreditgenossenschaften oder gar elsaß-lothringisches Kapital sind in diese Gesellschaft Westmark nicht aufgenommen worden, die dadurch ein spezifisch preußisches und alldeutsches Gepräge erhält. Ihr Leiter ist der bekannte Professor Georg Bernhard, der geistige Vater des Enteignungsgesetzes in der Ostmark. Herr Bernhard geht im großen Hauptquartier aus und ein, und er wird wahrscheinlich auch die Auswahl der „national zuverlässigen" Elemente nach alldeutschen Gesichtspunkten besorgen.

Es ist kein Wunder, daß man in Elsaß-Lothringen diese Gesellschaft mit Mißtrauen betrachtet, um so mehr, als — wie im Hauptausschuß des Reichstages mitgeteilt wurde — es den beiden Kammern des Elsaß-Lothringischen Landtages verboten worden ist, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die elsaß-lothringische Bevölkerung hat nicht mit Unrecht das Gefühl, daß sie auch nicht anders behandelt wird, als die Bevölkerung des kurländischen Gebietes. Sie nimmt als selbstverständlich an, daß man Elsaß-Lothringer nicht als „national zuverlässige" Elemente ansehen wird, und sie hat deshalb in der Landgesellschaft Westmark eine Spitze gegen die elsaß-lothringische Bevölkerung überhaupt. Dieses Gefühl wird auch sonst in Süddeutschland geteilt, wo man in der Gründung der Gesellschaft die Absicht erblickt, die Angliederung der Reichslande an Preußen vorzubereiten.

Mit dieser Landgesellschaft Westmark hat nun aber inzwischen das Reich einen Vertrag abgeschlossen, nach dem dieser Gesellschaft die liquidierten Güter in Elsaß-Lothringen übergeben werden. Ein solcher Vertrag kann nur mit Zustimmung des Reichstages geschlossen werden, und die Regierung bemüht sich nachträglich, diese Zustimmung zu erhalten. Bei den Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, besteht jedoch wenig Neigung, den Wünschen der Regierung entgegenzukommen. Bisher hat die Regierung im Hauptausschuß eine sehr herbe Kritik ihres Vorgehens erfahren; die Verhandlungen endeten mit der Annahme eines Antrages, der den Reichskanzler um Aufhebung des bereits abgeschlossenen Vertrages ersucht und die Initiative zur Gründung einer Siedlungsgesellschaft an die bisher beiseite geschobenen elsaß-lothringische Regierung überträgt. Man darf gespannt darauf sein, wie sich die Regierung zu diesem Beschluß stellen wird.

*

Dem Haushaltsausschuß des Reichstages lag seit Dienstag der Entwurf der Gründung einer Landgesellschaft Westmark vor, der die in Elsaß-Lothringen in Liquidation befindlichen Güter zum Schätzungswert übernehmen soll, um dort „national zuverlässige Personen" anzusiedeln.

Abg. Böhle-Straßburg (Soz.) wandte sich scharf gegen die Politik, die hier in Elsaß-Lothringen eingeschlagen werden soll. Nach § 4 der Satzungen dieser Landgesellschaft sollen elsaß-lothringische Staatsangehörige von der Siedelung ausgeschlossen bleiben; auch sei beabsichtigt, in der Hauptsache in diesen nur von Katholiken bewohnten Landesteilen Protestanten anzusiedeln. Der Urheber dieser Politik sei der bekannte Professor Bernhard, der wirtschaftliche Berater im Hauptquartier. Das Versprechen, das die elsaß-lothringische Regierung im dortigen Landtag abgab, sei nicht eingehalten worden. Die elsaß-lothringische Regierung sowie der Landtag seien vielmehr vollständig auf die Seite geschoben worden. Keine andere süddeutsche Regierung und deren Landtag würde sich eine solche Behandlung gefallen lassen. Ein Ausschuß des Reichstages dürfe sich nicht mitschuldig machen an dieser Vergewaltigung der elsaß-lothringischen Bevölkerung. Staatssekretär v. Stein verteidigte den Standpunkt der Regierung und versicherte, die Gesellschaft werde „durchaus loyal verfahren". Abg. Erzberger bezeichnet dieses Vorgehen als „ziemlich das Schlimmste, was man bisher auf diesem Gebiete erlebt habe. Professor Bernhard habe die Ostpolitik verdorben und er sei auch der Urheber der Politik, die man jetzt in Elsaß-Lothringen einschlagen wolle. In der Landgesellschaft Westmark sei keine einzige süddeutsche Gesellschaft vertreten. Die meisten Stammaktien seien in ostelbischen Händen. Er verlangt, daß eine süddeutsche Gesellschaft mit Einschluß von Elsaß-Lothringen gegründet werde. Der vorgelegte Vertrag sei außerdem eine glatte Verletzung der Reichsverfassung. Staatssekretär v. Stein bestreitet, daß die Reichsverfassung verletzt worden sei; das Statsgesetz von 1917 gebe der Regierung das Recht, in dieser Weise vorzugehen. Abg. Hauß (Elf.) stellt fest, daß der Elsaß-Lothringische Landtag ebensowenig wie die dortige Regierung mit der Angelegenheit befaßt worden sei. Ueber den Kopf dieser Körperschaften hinweg habe man diesen Weg zum Schaden der elsaß-lothringischen Bevölkerung beschritten. Die Gesellschaft beschränkt sich nicht allein darauf, die Grundstücke zu übernehmen, die ihr von der Regierung überwiesen werden, sondern sie kaufe auch in anderen Teilen des Elsaß Grundstücke auf. Der Gesellschaft dürfe das angestrebte Monopol auf keinen Fall eingeräumt werden. Politisch sei das Vorgehen der Regierung zu verwerfen, denn durch diese Politik würde die einheimische Bevölkerung gegen die Eingewanderten zusammengeschlossen werden zum Schaden des Landes. Er verlangte, daß eine elsaß-lothringische Ansiedlungsgesellschaft gebildet werde. Abg. Emmel (Soz.) stellt fest, daß der Straßburger Bürgermeister Schwander mit den beabsichtigten Maßnahmen nicht einverstanden ist. Gegen die Verwendung der liquidierten Güter im nationalen Interesse ist nichts einzuwenden; aber in die Art der Ausführungen mußte die elsaß-lothringische Volksvertretung bestimmend eingreifen können. Mit polnischen Methoden erreicht man in den Reichslanden nichts. Abg. Liesching (Volksp.) betonte besonders, daß in der neuen Landgesellschaft die Kreise den maßgebenden Einfluß haben, die der Vaterlandspartei nahestehen. Als national zuverlässig gelten offenbar nur Leute, die auf dem Boden dieser Partei stehen. Die ganze Sache ist wieder einmal im Großen Hauptquartier ausgeheckt worden und die Regierung soll diesen bedenklichen Plan nun vertreten. Staatssekretär v. Stein erklärt, daß die Regierung die volle Verantwortung für den Plan trage. Redner schildert vertraulich die Entwicklung der Sache, wobei er zu beweisen sich bemüht, daß das Große Hauptquartier nicht beteiligt war. Kein Mensch denke daran, Süddeutsche von der Ansiedlung auszuschließen, am wenigsten die Reichsregierung. Der Vertrag ist rechtskräftig geschlossen, der Reichstag kann daran nichts ändern, weshalb man nun ruhig die Ausführung abwarten soll. Abg. Ledebour (U. Soz.) verwirft den ganzen Vertrag. Die Elsässer Hauß und Windeck beantragen die Aufhebung des Vertrages und dafür unter Leitung der elsaß-lothringischen Regierung eine elsaß-lothringische Siedelungsgesellschaft zu schaffen. Abg. Erzberger tritt für diesen Antrag ein, der in seinem zweiten Teil den ursprünglichen Absichten der Regierung entspricht. Der jetzige Plan soll nur dazu dienen, die Angliederung der Reichslande an Preußen vorzubereiten, deshalb hat man die Mitwirkung der Elsaß-Lothringer ausgeschlossen. Kein anderer Bundesstaat hätte sich einen solchen Eingriff gefallen lassen. Diese Siedelungsgesellschaft ist eigentlich nichts weiter als ein Augenberg-Konzern. Abg. Dr. David (Soz.) schließt sich diesen Ausführungen an. Der Vertrag ist ohne Wissen des Reichstages geschlossen worden und nun soll der Reichstag die Verantwortung übernehmen. Diese unwürdige Zumutung muß zurückgewiesen werden. Auf die Versprechungen, bei der Ausführung loyal zu verfahren, kann man sich nicht einlassen; solche Personal-Garantien haben keinen Wert. Der Umstand, daß an dem Geschäft schwerindustrielle Interessenten beteiligt sind, macht das ganze Problem noch unsympathischer. Wenn die preußischen Landgesellschaften Geldüberfluß haben, dann sollen sie in Ostelbien bäuerliche Siedelungen anlegen. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen hat beim Reichskanzler gegen den Abschluß des Vertrages Protest erhoben. Dem elsaß-lothringischen Landtag hat die Militärverwaltung strikte verboten, über den Vertrag zu sprechen. Die militärische Regierung darf ohne Zweifel als die Urheberin des Planes angesprochen werden; die Elsaß-Lothringer sollen in ihrem eigenen Lande rechtlos gemacht werden. Das zu verhindern, ist die Pflicht des Reichstages. Staatssekretär v. Stein tritt einer Reihe der erhobenen Vorwürfe entgegen. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen hat nicht Protest erhoben, sondern nur über die Wünsche des Ausschusses des Landtages berichtet. Am Donnerstag hob Abg. Dr. Pfleger (Ztr.) hervor, daß man gar kein besseres Mittel hätte finden können, um eine grenzenlose Erregung in die elsaß-lothringische Bevölkerung zu tragen. Der ganze Vertrag hängt in der Luft, denn er wird in dem Augenblick gegenstandslos, in dem der Reichstag die Liquidationsverordnung aufhebt. Staatssekretär v. Stein erklärt, daß er bereit sei, den Vertrag durch Hinzunahme anderer Gesellschaften auf eine breitere Basis zu stellen. Auf die Durchführung der Liquidation aber kann nicht verzichtet werden. Zum Abschluß des Vertrages hielt sich die Regierung auf Grund der erteilten Ermächtigung für berechtigt. Die Teilnehmer an dem Vertrag haben nur aus patriotischen Gründen gehandelt. Nach dem Kriege kann man Franzosen nicht mehr als Grundbesitzer in unseren westlichen Grenzgebieten dulden, schon um die Spionage zu unterbinden. Abg. Alpers (Wilde) ist mit der Tendenz der Enteignung der Franzosen einverstanden, nur gegen die Methode macht er eine Reihe Bedenken geltend. Abg. Hauß (Elf.) stellt fest, daß die elsässische Regierung ausdrücklich erklärt hat, daß sie mit der Sache absolut nichts zu tun hatte. Bei der Gründung der Gesellschaft war die elsaß-lothringische Regierung nicht beteiligt. Schwander hätte einen solchen Vertrag nie unterschrieben. Im Aufsichtsrat hat man nur der elsaß-lothringischen Schwerindustrie einen Sitz eingeräumt. Die Stadt Metz, die für ein Sanatorium einen Streifen Land braucht, ist mit ihrem Kaufgesuch an die Landgesellschaft Westmark verwiesen worden. Staatssekretär v. Stein findet das formell berechtigt, die Stadt Metz soll den Streifen Land bekommen. Abg. v. Tampezinski wendet sich aus den Erfahrungen mit der Ostmarkenpolitik gegen den Vertrag. Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) erklärt sich grundsätzlich gegen die Liquidation französischen Besitzes, weil schlimme Wirkungen daraus nach dem Kriege entstehen müssen. Wenn es sich um die Erreichung politischer Zwecke handelt, dann schiebt man die vielgepriesene Heiligkeit des Eigentums beiseite. Unterstaatssekretär v. Jonquieres: Wenn das Ausland deutsches Eigentum nicht achtet, dann sind auch wir nicht verpflichtet, feindliches Eigentum zu achten. Abg. Emmel stellt noch fest, daß er eine vernünftige Siedelungspolitik billige; grundsätzlich aber sei er ein Gegner der Liquidation.

Bei der Abstimmung wurde folgender Antrag Hauß mit großer Mehrheit angenommen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, 1. den zwischen dem Reich und der Landgesellschaft Westmark am 27. Januar 1918 abgeschlossenen Vertrag aufzuheben; 2. der elsaß-lothringischen Regierung anheim zu geben, die Gründung einer elsaß-lothringischen Siedelungsgesellschaft zu veranlassen, die unter Wahrung der berechtigten Landesinteressen den Erfordernissen des Reiches entspricht.

Aus der Partei.

Erklärung.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat nicht die Absicht, eine Polemik mit dem Genossen Mehring zu führen oder gar „seine Person schlecht zu machen". Sie erfüllt lediglich ihre Pflicht, wenn sie in die Welt gesetzte falsche Behauptungen in ruhiger, sachlicher Weise richtig stellt. So hat sie es auch gehalten, als sie zu ihrer Ueberraschung durch ein gegnerisches Blatt, die J. K., Kenntnis von dem offenen Schreiben Mehrings an die Pravda erhielt.

Die Behauptung des Genossen Mehring, daß das Urteil der Parteileitung auf einer ganz ungureichenden Kenntnis seines Artikels beruhe, ist durchaus unrichtig. Aus dem Text der Pravda, dessen Uebersetzung wir auf ihre Richtigkeit haben nachprüfen lassen, geht hervor, daß die unserer Erklärung zugrunde gelegten Stellen sinngemäß richtig wiedergegeben sind. Die J. K. hat auch ihrerseits nicht einen Vorbehalt wegen der Richtigkeit der Uebersetzung gemacht. Genosse Mehring irrt in dieser Beziehung. Die J. K. hat vielmehr ausdrücklich die Richtigkeit ihrer Uebersetzung betont, die in der Tat, wie wir uns aus der Pravda überzeugt haben, sinngetreu ist. Die J. K. hat lediglich den selbstverständlichen Vorbehalt gemacht, daß bei der Uebertragung aus dem Russischen der Stil Mehrings nicht wiedergegeben werden könne.

Genosse Mehring ist auch im Irrtum befangen, wenn er erklärt, daß sein der Parteileitung gemachtes Anerbieten, ihr seine Manuskripte zuzustellen, keiner Antwort gewürdigt sei. Wir sind dem Genossen Mehring keine Antwort schuldig geblieben. Nachdem er es nicht für nötig befunden hatte, aus eigenem Antriebe uns eine Abschrift seines Manuskriptes zu senden, haben wir ihn darum ersucht. Darauf hat er uns am 28. Juni d. J. die Zusendung „binnen einiger Tage, spätestens in nächster Woche" zugesagt. Bis heute haben wir jedoch das Manuskript nicht erhalten.

Wollten wir nicht die Parteigenossen des In- und Auslandes, die eine Erwiderung auf die Angriffe Mehrings erwarteten, in den Glauben versetzen, daß diese Angriffe unwidersprochen seien, so mußten wir die Pravda für unsere Antwort benutzen. Das war um so mehr unser Recht, als das, was in der Pravda stand, eine Widerlegung erforderte.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Reinfall der Abhängigen im Wahlkreis Bochum.

Im Wahlkreise Bochum besteht eine starke oppositionelle Strömung gegen die abhängige Politik. Auf der letzten Kreisgeneralversammlung in Herne fand sich sogar eine Mehrheit für die Kreditverweigerung, obschon das Organ des Kreises, das Volksblatt, und der Kreisvorstand alles aufboten, um diese Strömung zu unterdrücken. Da das Blatt sowohl wie der Kreisvorstand auch nach der Generalversammlung entschieden Politik gegen die Mehrheit der Organisation weiter betrieben, so kam es in vielen, hauptsächlich in den Filialen der größeren Orte zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen. Dieses Streites müde, beschloß u. a. die Filiale Berne mit großer Mehrheit zu den Unabhängigen überzutreten. Da diese Filiale außer den Mitgliedern auch ein Sparkassengutthaben hatte, das sie dem Kreisvorstande nicht ganz übergeben wollte, so erhob dieser Klage beim bürgerlichen Gericht auf Herausgabe des Betrages. Die Leitung der neuen Unabhängigen Organisation schlug ihm zwar vor, um die Begebung der Arbeitergelder für Gerichtskosten und dergleichen zu vermeiden, das Vermögen zwischen beiden Gruppen zu teilen. Der Kreisvorstand bestand aber auf dem Ganzen, und so ging der Prozeß weiter. Nun hat der fünfte Termin in der Sache stattgefunden und der Kreisvorstand der Abhängigen ist mit seiner Klage abgewiesen worden! Ob er es bei der Niederlage bewenden läßt, oder ob er sein Glück nochmals in der Berufungsinstanz versucht? Jedenfalls hat er rechtes Pech mit den Berner Genossen. Nach dem Uebertritt der alten Filiale zu den Unabhängigen hatte er eine neue Filiale der Abhängigen in Werne gegründet. Dieses sein Geschöpf aber rebelliert auch schon. In der Sitzung vom 7. Juli wurde in ihr der Antrag eingebracht, — zu den Unabhängigen überzutreten! Das ist bitter für den Kreisvorstand. Aber die Herren werden noch etwas ganz anderes erleben.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes

hat am 27. und 28. Juni in Leipzig getagt. Sie befaßte sich zunächst mit den Fragen der Uebergangswirtschaft, soweit sie das gewerkschaftliche Interesse berühren. Einen wesentlichen Punkt bei den Beratungen bildeten die Arbeitsvermittlung sowie die Arbeitsnachweisfrage, die bei der Demobilisierung besonders in den Vordergrund treten dürften. Die Verbandszahlstellen sollen, wo sich ihnen Gelegenheit dazu bietet, an der Beratung und Lösung aller Fragen der Uebergangswirtschaft, wie immer diese auch an sie herantreten, regsten Anteil nehmen. In erster Linie haben sie natürlich ihre ganze Kraft auf den Wiederaufbau des Verbandes einzustellen und alle hierauf gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Die Konferenz befaßte sich im weiteren mit Tariffragen und den Teuerungszulagen. Die Konferenz stellte sich auf den bisher schon vom Zimmererverbande vertretenen Standpunkt: für Tarifverträge, nicht aber Tarifverträge um jeden Preis! Darüber ließen indes die Teilnehmer keinen Zweifel, daß in Mitgliederkreisen allgemein mit einer baldigen weiteren Teuerungszulage gerechnet werde, da die Bestreitung des Lebensunterhaltes bei dem heutigen Einkommen einfach unmöglich sei. Zahlreiche Anträge in dieser Richtung sind übrigens dem Zentralvorstand bereits zugegangen. Darüber hinaus wird auch eine stärkere, und zwar entscheidende Mitwirkung der Zahlstellen an dem Zustandekommen von Vereinbarungen gefordert.

Nicht minder wichtig war der nächste Punkt der Tagesordnung, der die Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens im Verbande betraf. Hier handelte es sich jedoch in der Hauptsache um eine Vorberatung für eine endgültige Stellungnahme, die später erfolgen wird. Von Bedeutung waren die Anregungen auf weiteren Ausbau der Arbeitslosen- zur Erwerbslosenunterstützung, die den Zentralinstanzen zur möglichsten Berücksichtigung überwiesen wurden. Die Beitragsregelung wird natürlich dezentralisierten Erweiterungen angepaßt werden müssen. Gegenstand der Beratung war sodann noch die weitere Gewährung von Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer sowie die Behandlung der aus dem Kriege heimkehrenden Mitglieder. In beiden Fragen war die Konferenz geteilter Meinung, so daß die endgültige Entscheidung den Zentralinstanzen vorbehalten bleibt. Die Konferenz nahm ferner Kenntnis von Verhandlungen, die mit dem Deutschen Polierbund über den Abschluß eines Kartellvertrages geführt worden sind. Der Vertrag ist bereits von dem Polierbund, dem Deutschen Bauarbeiter-Verband und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter unterzeichnet. Im Zimmererverband wird eine Generalversammlung darüber entscheiden, ob dem Vertrage beigetreten wird oder nicht. Schließlich wird noch die Frage diskutiert, ob eine Generalversammlung einberufen werden soll. Die letzte Generalversammlung des Zimmererverbandes hat 1913 stattgefunden. Die jetzt geplante Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens macht jedoch eine Generalversammlung unvermeidlich, weshalb Verbandsausschuß und Zentralvorstand der Konferenz in Vorschlag brachten, sie für das Frühjahr 1918 in Aussicht zu nehmen, falls nicht aus anderen noch unbekannten Ursachen eine frühere Einberufung notwendig werde. Die Konferenz trat dem Vorschlage der Zentralinstanzen bei.

Die französischen Eisenbahner und die Politik des Gewerkschaftsbundes.

Am 29. Juni trat in Paris der Kongreß der französischen Eisenbahner zusammen, um sich mit der Haltung des Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) zum Kriege und mit Lohnfragen zu beschäftigen. Es waren, wie die J. K. jetzt zu berichten weiß, 520 Delegierte anwesend, die 146 056 organisierte Arbeiter vertraten. Infolge der Bewegung für Teuerungszulagen war die Zahl der im Laufe des Berichtsjahres gewonnenen neuen Mitglieder recht erheblich: sie betrug 75 000.

Die Opposition gegen die patriotische Leitung des Gewerkschaftsbundes war ziemlich stark. Der erste Redner Gauthier klagte über die kriegsfreundliche Haltung des Bundes und brandmarkte die imperialistischen Ziele, die in Frankreich verbreitet werden, sowie die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung. Er schloß seine Rede mit der Vorlesung eines Antrags, der die Haltung des Bundes verurteilte und einen Verständigungsfrieden billigte. Der Delegierte Fanonte tadelte der Bund, weil dieser nichts tat, als den Eisenbahnern das Versammlungsrecht genommen wurde. Im selben Sinne sprach Berthelot, der die Regierungsfreundlichkeit der Gewerkschaften aufs schärfste mißbilligte. Nachdem noch mehrere Delegierte für eine Rückkehr zur revolutionären Taktik gesprochen hatten, ergriffen die Anhänger der Mehrheit das Wort und wiesen auf die wirtschaftlichen Vorteile hin, die die Taktik des Gewerkschaftsbundes den Arbeitern gebracht habe. Und da auch keiner der Minderheitler eine Niederlage Frankreichs wünsche, so bleibe nichts anderes übrig, als die Kriegsführung zu unterstützen. Der Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit sei bereits auf dem allgemeinen Gewerkschafts-Kongreß von Clermont-Ferrand durch die Annahme eines Kompromißantrages beigelegt worden. Der Hauptredner der Mehrheit, der Sekretär der Eisenbahner Bidegarry, beantragte deshalb die Bestätigung des Beschlusses von Clermont-Ferrand durch die Eisenbahner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180713-11/fragment/page=0005

Gegen Oberegarrh sprach Monmoussau, der eine proletarisch-revolutionäre Aktion und die Wiedereinberufung der Internationale zum Zwecke der Beendigung des Krieges verlangte und einen in diesem Sinne abgefaßten Antrag vorlegte.

Nach langerer und zum Teile aufgeregter Auseinandersetzung wurde der Antrag Bidegarays mit 106 710 gegen 49 458 Stimmen angenommen. Die Minderheit scharte sich um den Antrag Monmoussaus.

Oesterreichischer Holzarbeiterverbandstag.

Der österreichische Holzarbeiter-Verband hat letzthin seinen 12 Verbandstag abgehalten. Leipart-Berlin war durch dringende Arbeiten an der Teilnahme verhindert, die Ungarn Weltner und Popper ließ die Polizei nicht kommen. Den Berichten ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand von 26 852 im Jahre 1913 auf 8400 Ende 1914 sank. Ende 1917 betrug er nur noch 6623, seitdem steigt er wieder. Der Verbandstag erhöhte die Beiträge von 76, 60, 48 und 35 Heller auf 120, 100, 80 und 60 Heller wöchentlich, die Streikunterstützung von 6—12 auf 8—16 Kronen. Auch treten die alten (höheren) Unterstützungssätze wieder in Kraft. Zu Obmännern wurden gewählt: Rakwitsch, Pech und Wanjek.

200 000 Organisierte in Schweden.

Aus dem Jahresbericht der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens, der wegen des rapiden Wachsens der Gewerkschaften und wegen des durch die Teuerung hervorgerufenen vielen Lohnbewegungen erst in einigen Monaten fertig sein würde, wird vorläufig mitgeteilt, daß die Zahl der Mitglieder am Ende des Jahre 1917 186 146 betrug, also den früheren Höchststand vom Jahre 1907 wieder erreicht hatte. Inzwischen ist in diesem Jahre die Mitgliederzahl auf über 200 000 gestiegen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Juli 1918

Mißstände im Gemüsehandel.

Wir müssen heute einmal einen Unfug beim Gemüseverkauf zur Sprache bringen und die Behörden auffordern, gegen ihn nachdrücklich vorzugehen. Nach den Vorschriften der Reichsstelle für Gemüse und Obst darf Gemüse gegenwärtig nur noch nach Gewicht verkauft werden, auch der Kohlrabi. In den Höchstpreisvorschriften heißt es aber ausdrücklich, daß diese Sorte Gemüse nur „mit jungem Kraut" verkauft werden darf. An diese Einschränkung des Mitverkaufs von Kohlrabikraut scheint sich kein Produzent und kein Händler zu kehren. Wir haben uns die auf dem Markt feilgebotene Ware angesehen und die Schaufensterauslagen von ein paar Dutzend Gemüsegeschäften — überall wird der Kohlrabi mit allem Kraut verkauft, was die Pflanze getrieben hat. Trotzdem wird natürlich ebenso prompt überall der Höchstpreis genommen. Wir finden hierin einen offenkundigen Betrug. Für die großen Blätter der Kohlrabipflanze hat nicht jedermann Verwendung, zu kochen und zu essen sind sie nicht, allenfalls kann man sie als Kaninchenfutter verwenden; aber es hat doch nicht jedermann dieses Kleinvieh. Außerdem ist Kohlrabi zu 55 Pf. das Pfund ein sehr teures Kaninchenfutter.

Weshalb wird aber die Vorschrift nicht eingehalten, daß Kohlrabi nur „mit jungem Kraut" feilgeboten werden darf? Weiß man in den Kreisen der Gemüseproduzenten und der Händler nichts von dieser Vorschrift? Oder weiß man nicht, was junges Kraut ist? Wenn das letztere der Fall sein sollte, so erlauben wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß unter „jungem Kraut" nur die kleinen sog. Herzblättchen zu verstehen sind, die die Kohlrabipflanze zuletzt getrieben hat, nicht aber die äußeren, voll entwickelten Blätter mit den dicken, harten Stengeln. Diese dürfen unter keinen Umständen mit zum Verkauf kommen.

Trotzdem ist dieser Betrug dauernd im Gange. Die Hausfrauen können dagegen nicht viel machen, da sie froh sind, wenn es überhaupt einigermaßen gutes Gemüse zu kaufen gibt. Sie müssen heute kaufen, was auf den Markt kommt. Aber Beschwerden aus Hausfrauenkreisen sind uns schon des öfteren zugegangen. Solange Kohlrabiköpfe und Blätter noch klein waren und junges Gemüse allgemein noch nicht gekauft wurde, haben wir geschwiegen. Wenn aber das Gemüse jetzt die Hauptnahrung der Bevölkerung mit bildet und die Hausfrauen wöchentlich vier- bis fünfmal davon kochen müssen, so haben sie ein Recht, von den Aufsichtsbehörden vor unberechtigter, gesetzwidriger Ueberteilung durch die Erzeuger und Händler in Schutz genommen zu werden. Junges Gemüse ist nach den geltenden Preisen teuer genug; eine Mahlzeit davon kostet heute ohnebin mindestens das Sechsfache von dem, was man dafür vor dem Kriege aufzuwenden hatte. Die Erzeuger verdienen ohne Zweifel auch genug an ihrer Ware. Es liegt also aller Grund vor, zu fordern, daß der Gemüsehandel — auch mit dem Mohrrübenverkauf wird allerhand Schwindel getrieben — zukünftig genau den Vorschriften entsprechend gehandhabt wird und die Konsumenten vor offenkundigem Betrug geschützt werden.

Kartoffelversorgung, Milchkürzung, Kirschenverkauf.

Von den Lebensmittel-Kundgebungen des Magistrats registrieren wir an dieser Stelle:

Die Verordnung über die Kartoffelversorgung für die kommende Woche wird in den ersten Tagen der Woche ergehen. Außerdem kommen zur Verteilung: ½ Pfund Marmelade, ¼ Pfund Graupen, ein Suppenwürfel zugleich mit einem viertel Pfund Morgentrank, für jede Person des Haushalts. Der Verkauf wird durch besondere Bekanntmachungen geregelt.

Vom Montag, den 15. Juli ab, wird die Milchmenge, welche auf die Milchkarten der Klasse 4 geliefert werden darf, von ½ Liter auf ¼ Liter herabgesetzt. Milchhändler, welche infolge dieser Herabsetzung Milch übrig haben, sind verpflichtet, dieselbe an die Milch-Sammelstelle Lindenstraße 52 (Molkerei-Inspektor Morgenthaler) abzuliefern.

Zum Kirschenverkauf wird darauf aufmerksam gemacht, daß zurzeit zwei Gruppen von Kirschenverkäufen nebeneinander herlaufen: Es werden weiter bei den Händlern Kirschen verkauft; die Nummern der hierbei zugelassenen Käufer werden nur durch Sämlenanschlag aufgerufen. Daneben werden städtische Kirschen in der Talamtschule verkauft. Die Nummern der Käufer für diese Verkäufe werden vorläufig auch durch die Zeitungen bekanntgegeben. Kirschenverkauf findet in der Talamtschule auch am Sonntag statt.

---

* **Persönlichkeitsausweis bei Eisenbahnfahrten.** Die von den Militärbehörden haben seit längerer Zeit zum Schutze unseres gesamten Wirtschaftslebens und der militärischen Maßnahmen gegen die Betätigung feindlicher Agenten eingerichteten Eisenbahnüberwachungsreisen haben sich als außerordentlich zweckmäßig und für die Sicherheit des Reiches förderlich erwiesen. Dieses günstige Ergebnis ist u. a. dem Umstande zu verdanken, daß die Mehrzahl der Eisenbahnreisenden in zunehmender Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Einrichtungen sich den besonderen Vorschriften über die Verpflichtung zum Ausweis ihrer Persönlichkeit willig unterzogen hat. Die auf der Einrichtung der Eisenbahnüberwachungsreisen erstrebten Ziele würden sich jedoch noch in größerem Umfange erreichen lassen, wenn alle Reisenden sich ganz allgemein dessen bewußt würden, daß sie die schwere und verantwortungsreiche Tätigkeit der Eisenbahnüberwachungsreisenden wesentlich fördern könnten, indem sie selbst nach Möglichkeit die Feststellung ihrer Persönlichkeit erleichtern. Dies kann dadurch geschehen, daß sich jeder Reisende für jede Reise mit ihm gehörigen Papieren versieht, die über seine Persönlichkeit ausreichenden Aufschluß geben. Als solche kommen Papiere in Betracht, wie sie jedermann zu besitzen pflegt z. B. Schulzeugnisse, Steuerquittungen, Radfahrkarten, Vormundsbestallungen, Urkunden über die Ernennung zum Beamten, standesamtliche Urkunden und anderes; besonders wertvoll zu diesem Zwecke sind mit einem Lichtbild des Inhabers versehene Papiere wie Postausweise, Kraftwagenführerscheine usw. Abgesehen davon, daß die Reisenden durch ein den vorbeschriebenen Erfordernissen angepaßtes Verhalten zu ihrem Teil an der reibslosen Durchführung der zur Sicherheit des Reiches getroffenen Maßnahmen mitwirken können, handeln sie auch in ihrem eigenen Interesse, wenn sie die von den Militärbehördsbehörden erlassenen Ausweisvorschriften willig erfüllen, da die Eisenbahnüberwachungsreisenden berechtigt sind, Reisende, die sich nicht ausreichend über ihre Person ausweisen, von der Eisenbahnfahrt so lange auszuschließen, bis die Persönlichkeit einwandfrei festgestellt ist. (W. T. B.)

* **Kuranträge bei den Militärbehörden.** Nach einem Erlaß des Kriegsministeriums haben die Bezirkskommandos Anweisung erhalten, jeden Antrag von Militärrentenempfängern auf Heilstättenkuren dem bei jedem stellvertr. Generalkommando neu eingerichteten Versorgungsamt vorzulegen. Da die Heeresverwaltung grundsätzlich für die Durchführung von Heilverfahren bei Kriegsbeschädigten zuständig ist, soweit die Krankheit oder der Schaden Kriegsfolge ist, sind die Kriegsbeschädigten in jedem Fall, in dem es sich um die Durchführung eines Heilverfahrens gegen solche Schäden handelt, an den zuständigen Bezirksfeldwebel hinzuweisen.

* **Bücherpakete nach dem besetzten Rußland.** Amtlich wird mitgeteilt: Fortan sind von Deutschland nach den Orten Bialystock, Grodno, Kowno, Libau, Mitau, Riga und Wilna im Postgebiete des Oberbefehlshabers Ost an beliebige Privatpersonen gewöhnliche Bücherpakete bis zum Gewicht von fünf Kilogramm zugelassen, die mit Nachnahme bis zum Betrage von 800 Mark belastet sein dürfen. Die Gebühr beträgt eine Mark für Nachnahmepakete, außerdem 10 Pf. Vorzeigegebühr. Die Pakete müssen vom Absender freigemacht werden, sie sind mit den gewöhnlichen graublauen Paketkarten für den Auslandsverkehr sowie einer weißen und zwei grünen Zollinhaltserklärungen in deutscher Sprache auszuliefern. In den Paketen dürfen nur zur Einfuhr zugelassene Bücher und sonstige Druckschriften, einschließlich Zeitschriften, aber keine Briefe oder Mitteilungen irgendwelcher Art enthalten sein; ebenso sind Mitteilungen auf den Abschnitten der Paketkarten verboten. Pakete mit unzulässigem Inhalt werden ohne Unbestellbarkeitsmeldung portopflichtig zurückgeschickt. Für Verlust und Beschädigung im Postgebiet des Ob. Ost wird nicht gehaftet. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

* **Begünstigung.** Das Schöffengericht verurteilte eine Frau, deren Mann im Felde steht, wegen Begünstigung zu 15 Mark Geldstrafe. Sie hatte im Frühjahr einem Verwandten ihres Mannes, der als Soldat über den Urlaub hinaus blieb, Unterschlupf gewährt. Der Urlauber hatte bis zum 23. März Urlaub, aber schon vor Ablauf des Urlaubes den telegraphischen Befehl zur Rückkehr erhalten, dem er jedoch nicht nachkam. Da der Angeklagten der Sachverhalt bekannt war, so hätte sie ihn anzeigen müssen, und weil sie das unterlassen hatte, machte sie sich strafbar.

* **Die letzten Gaben des Stadttheaters.** Heute, Sonnabend, geht die Operette Der Zigeunerbaron in Szene. Sonntag nachmittag gelangt als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Der Troubadour zur Aufführung, abends die Operette Die Rose von Stambul. Montag ist die letzte Vorstellung vor den Ferien: Der fliegende Holländer. Die am Dienstag, den 16. d. M., stattfindende Aufführung zugunsten der Unterstützungskassen des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen wird einen besonderen Reiz dadurch gewinnen, daß alle, auch die kleinsten Rollen und Partien des Singspiels Dreimäderlhaus von ersten Mitgliedern der städtischen Bühne übernommen werden, so daß das gesamte Personal der Oper und des Schauspiels an dem Abend mitwirkt.

* **Billiger Sonntag im Zoo.** Am Sonntag, den 14. Juli 1918, ist billiger Sonntag, an dem das Eintrittsgeld für Erwachsene von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends nur 40 Pf., nach 7 Uhr 30 Pf., und für Kinder den ganzen Tag über 20 Pf. beträgt. Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachmittags 20 Pf. Trotz der während der Kriegszeit herrschenden Futterknappheit ist es gelungen, den Tierbestand auf ansehnlicher Höhe zu erhalten. Auf dem Konzertplatze des Gartens finden nachmittags 3½ Uhr und abends 7½ Uhr große Konzerte vom Görlach-Orchester statt. Bei ungünstigem Wetter werden die Konzerte im Saale veranstaltet. (Siehe Anzeige.)

* **Platzkonzert** am Sonntag von 12 bis 1 Uhr mittags auf dem Wettiner Platz, ausgeführt von der Musikabteilung des Ersatzbataillons L.-J.-R. 36.

* **Kartoffeldiebstahl.** In der vergangenen Nacht wurden in der Nähe des Tierasyls zwei Frauen und ein Mann mit etwa 1½ Zentner gestohlener Kartoffeln angetroffen. Während eine Frau festgenommen werden konnte, ergriffen die beiden anderen Personen die Flucht und entkamen in der Dunkelheit. Das Diebesgut wurde sichergestellt.

* **Von der Straße.** In der Trothaer Straße riß die Oberleitung der Straßenbahn, wodurch der Straßenbahnbetrieb etwa 10 Minuten lang gestört wurde. — Von einem mit Kohlen beladenen Lastwagen löste sich in der Poststraße das rechte Vorderrad. Da der Wagen auf den Schienen der Straßenbahn lag, entstand eine Betriebsstörung von einer Stunde. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. — In der Gr. Ulrichstraße wurde ein Arbeiter von einem Geschäftswagen umgefahren. Da er über heftige Brustschmerzen klagte und nicht zu gehen vermochte, wurde er mit dem Sanitätskraftwagen der Klinik zugeführt.

Diemitz. Gemeindevertretersitzung. Eine wichtige Tagesordnung hatte die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom letzten Sonnabend zu erledigen. In ihr stimmte die Versammlung zunächst einhellig dem vom Baurat Prof. Gerlach aufgestellten allgemeinen Bebauungsplan für Diemitz unter Vornahme einiger Aenderungen zu; danach beschloß sie zur Bekämpfung der im Orte bereits tatsächlich festgestellten Wohnungsnot sowie zur Verhütung ihres in Aussicht auf die zunehmende Industrieansiedlung der Gemeinde selbst und ihrer Nachbarschaft drohenden weiteren Steigens, die Ausführung einer Siedlung für Klein- und Mittelwohnungen am Dautsch nach Maßgabe der ebenfalls vom Baurat Prof. Gerlach vorgelegten Pläne und Unterlagen grundsätzlich ins Auge zu fassen. Insbesondere billigte die Versammlung grundsätzlich die Gründung einer gemeinnützigen Bauvereinigung hierfür. Die Beteiligung der Gemeinde an ihr in noch festzusetzender Höhe und in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 29. Oktober 1917 und 17. Febr. 1918 die Uebertragung des Gemeindegeländes am Dautsch an diese Bauvereinigung, sei es im Wege des Erbbaurechts, sei es im Wege des Wiederkaufsrechts, sei es im Wege der Verbindung beider Rechtsformen, sowie mit der Maßgabe, daß in jedem Falle das für Straßen, Plätze und Wege sowie für öffentliche Zwecke erforderliche Gelände der Gemeinde vorbehalten bliebe, und, daß bei Anwendung des Wiederkaufsrechts der Wert des Geländes auf die von der Gemeinde etwa zu übernehmenden Anteile der Bauvereinigung angerechnet werden müsse.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Volkspark. Heute, Sonnabend, abend Leoni-Sänger. Sonntag Freikonzert wie üblich.

Der Thüringisch-Sächsische Geschichtsverein hält am Dienstag, den 16. d. M., im Vereinshaus St. Nikolaus, abends 8 Uhr, eine Sitzung ab, in welcher Herr Stadtarchivar Professor Dr. A. Overmann-Erfurt über Die letzten Schicksale der Universität Erfurt und ihre Aufhebung sprechen wird.

Konzert der Schulchöre. Es sei hiermit noch einmal darauf hingewiesen, daß das von dem Königl. Musikdirektor Willi Wurtschmidt mit den vereinigten Schulchören veranstaltete Konzert zum Besten der Kriegsbeschädigten-Fürsorge nunmehr am Dienstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr, im Bad Wittekind stattfindet und daß alle bisher zum 8. Juli gelösten Eintrittskarten auch zu diesem Konzert ihre Gültigkeit behalten.

Apollotheater. Die reizende Operette Die tolle Komteß geht allabendlich vor dichtbesetztem Hause in Szene. Morgen findet die letzte Sonntagsaufführung statt. Um den Andrang an den Abendkassen zu vermeiden, wird die Benutzung des Vorverkaufs im Theaterbureau, wochentags von 9 bis 1 Uhr und 5 bis 1/27 Uhr und Sonntags (ausgenommen von 1 bis 3 Uhr) den ganzen Tag, dringend empfohlen.

Verantwortlicher Schriftleiter Otto Allan. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei u. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Der Hunger im Sprichwort.

Von Th. Thomas.

Neulich sagte zu mir einer: „Auch du wirst dein Fett noch kriegen," worauf ich zurückrief: „Wärst du, wo der Pfeffer wächst!" Da haben wir uns beide angeschaut und herzlich gelacht; dabei kam es uns zum Bewußtsein, wie doch der Krieg so gründlich auch unseren Sprichwortschatz zerrüttet hat. Wem fiel es wohl noch ein, dem „aufgewärmten Kohl" zu reden, wer würde nicht etwas „für ein Butterbrot" oder gar „um ein Linsengericht" hergeben? „Hopfen und Malz sind längst verloren," viele würden sich heute sogar dazu verstehen, „Kastanien aus dem Feuer zu holen," wenn es nur welche zu holen gäbe. Sogar „glühende Kohlen auf dem Haupte sammeln" wäre in der Zeit der Kohlennot ein Gewinn, man könnte Kohs davon machen. Wie kann ein „eigener Herd Goldes wert" sein, wenn kein Brennmaterial drin ist. „Oel ins Feuer zu gießen" geht nicht, selbst wenn Mutter „auf heiße Kohlen sitzt" und wenn sie nur „mit Wasser kochen wollte", alles blieb „käh wie Schlieder".

Da aber niemand „von der Luft leben" kann, so muß man „in den sauren Apfel beißen" und sich sogar „um ungelegte Eier kümmern". Ein Vorteil ist es, wenn man jetzt „Grillen im Kopf" hat. Wer „einen Bock schießt", der „den Braten riecht", der ist „ein richtiger Glückspilz". In diesen Falle gilt das Wort: „Der kann mehr wie Brot essen"; kommt so einer mit einem „Backfisch" zusammen, dann wäre „das ein Fressen für ihn". „Mir wässert schon der Mund." Aber leider, die Fische sind rationiert.

Wo ist der, der noch „große Rosinen im Sack" hätte?, den würde „der Hafer stechen", die Welt riefe ihm zu: „Prost Mahlzeit!", denn die Rosinen sind beschlagnahmt. Da ist es schon besser, man bekommt „Brei um Maul geschmiert". Wer noch „ein Hühnchen zu pflücken" hat, der kann sich damit „das Maul stopfen", denn „selber essen macht fett". Freilich blieb immer noch, ob ihm das Gefügel nicht angerechnet würde, denn „er führte dann ein Leben wie im Schlaraffenland". Das Kriegsernährungsamt will uns davor schützen, deshalb sammelt es nur „Kraut und Rüben" zum freien Verkauf, aber „dazu gehört ein guter Magen".

„Weib mir nur mit dem Quark vom Leibe," hören wir schon rufen. Trotzdem: „Er schabt sich ein Rübchen," kommt heuer wieder mehr zur Geltung, weil „in der Not auch der Teufel Fliegen frißt". Doch das sind alles brotlose Künste", gehen wir „nicht um den heißen Brei herum?" Heute „nimmt jeder Hund ein Stück Brot von uns". Wen man fragt, der „sehnt sich nach den Fleischtöpfen Aegyptens", gar nicht zu reden von der „mit jebratenen Jans".

Ein bekanntes Sprichwort sagt: „Er ist ein dicker Mann, folglich ein guter." Das ist heute sehr gewagt, besser schon: „Er ist nichts wie Haut und Knochen," oder „er hat keinen Saft und keine Kraft". „Nicht Fleisch, nicht Fisch" trifft jetzt mit grausamer Ironie zu, ebenso „daß kein Hase mehr im Pfeffer liegt". Es ist heute ganz unmöglich, wenn noch jemand „mit Speck Mäuse fangen" wollte. Dagegen trifft auf verständnisvolle Mienen, wer die Behauptung aufstellt, daß überall „Schmalhans Küchenmeister" ist. Bieviel Worte haben wir nicht auf Schwein gemacht, um jemand zu beschmutzen, heute zieht jeder den Hut vor ihm.

„Abwarten und Tee trinken" hat noch seine Berechtigung, besonders im Streit zwischen Kühlmann und Westarp; nicht so sehr aber: „Er weiß, wo Barthel den Most holt," denn es ist keiner zu haben, selbst kein Aepfelwein. „Kaffee und Zucker machen den Beutel lucker," scheint auch einmal im Kriege entstanden zu sein, nicht aber: „Gott, der Zähne gibt, gibt auch Brot," dazu braucht jeder seine Brotmarken; auch „Unser täglich Brot gib uns heute" hat nunmehr seinen guten Ruf verloren.

„Soviel Lärm wegen eines Eierkuchens." Dies Sprüchlein stammt aus dem 17. Jahrhundert, der es aussprach, war jedenfalls der Meinung, daß es nicht der Rede wert ist, um einen Eierkuchen ein Wort zu verlieren. Ich kenne Leute, die einen Purzelbaum schlagen würden, wenn sie ihn bekämen: es ist jetzt sogar schwer, „Bastilskeneier auszubrüten", von „Federmann ein Ei, dem frommen Schweppermann aber zwei" gar nicht zu reden. „Wir kochen breite Bettelsuppen" bekommt mit jedem Tage mehr Gültigkeit. „Die Milch der frommen Denkungsart" ist sauer geworden; „in jeden Quark seine Nase stecken," wäre ein Hochgenuß, leider kostet das Pfund fünf Mark, und es gibt keinen. Da kann man schon „zu Essig werden".

„Wer Butter auf dem Kopfe hat, braucht nicht an die Sonne zu gehen," das soll für Hamsterer gelten, die für das Pfund 20 Mark zahlen, sie scheuen alle das Tageslicht, besonders in Aschaffenburg. „Honig um das Maul schmieren" ist eine schwere Sache, eher schon „Roß an die Backen"; ebenso rate ich niemand, seine Nachbarin eine „dumme Gans" zu nennen, sie könnte sonst das Verdienstkreuz für Kriegshilfe bekommen. Wer kann heute noch „mit der Wurst nach dem Schinken schmeißen" oder „klaren Wein einschenken?" Das ist ebenso unmöglich, als wenn ich sagen wollte: „Gib deinen Senf dazu". „Wober nehmen und nicht stehlen?" möchte ich fragen.

Wer jetzt sagt, „es ist mir Wurst" und hat keine Fleischkarte, fällt schon auf. Wer „einen Schwamm im Magen hat", ist in diesen Zeiten nicht zu beneiden; „ein voller Magen studiert nicht gern," kann füglich gestrichen werden, auch „wenn's am besten schmeckt, soll man aufhören", weil man ja kaum anfangen kann. „Du dummes Schaf, Rindvieh, Ochse" usw. bewirkt nur das Gegenteil von der Absicht.

„Ins Fettnäpfchen treten" müßte heute ein Hochgenuß auch für Vegetarier sein; wer könnte sich verletzt fühlen, wenn ihm gesagt würde, „du hast dein Fett weg?" Sicher niemand. „Du altes Karnickel" bewirkt nur einen sehnsüchtigen Augenaufschlag, weil es markenfrei ist, und wenn man „Trapp, trapp" sagt, wird man gleich gefragt: Wo gibt's das denn? „Dem Gaul sieht man sicher nicht ins Maul".

So ändern sich die Zeiten. „Aus dem Herzen heraus frisch und frei reden," ist reinweg unmöglich, weil immer ein Haken dahinter sitzt. „Der Hunger ist der beste Koch," mag noch angehen, obgleich ich mit dem „Salz und Brot macht Wangen rot" schlechte Erfahrungen gemacht habe. Jeder möchte der bümmste Bauer wegen „der größten Kartoffeln" sein, heute gilt kaum das Weberlied:

Kartoffeln in der Früh,
des Mittags in der Brüh,
des Abends in dem Ehrenkleid,
Kartoffeln in alle Ewigkeit,

weil mit einem Pfund täglich dieser schöne Grundsatz nicht durchzuführen ist. „Das stinkt wie Käse," hörte ich neulich auf der Straße, gleich blieb die Elektrische stehen und die Schaffnerin fragte: Wo haben Sie denn den Käse her? Diese Woche gibt's doch keinen.

Ueberall stößt man an. Ein Sprichwort aber hat heute noch seine volle Berechtigung, Vater, Mutter und die Kinder, Bürgermeister und Ratsherren bestätigen es, nämlich: „Vogel frißt oder stirbt!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180713-11/fragment/page=0006

Thalia-Theater. Die letzte Aufführung durch das Personal des Stadttheaters vor den Ferien findet am Sonntag, den 14. Juli, statt. Gegeben wird das Lustspiel: Die goldene Eva von Schönthan und Koppel-Ellfeld.

Walhallatheater. Das mit so kolossalem Beifall aufgenommene Spezialitätenprogramm mit den Weltattraktionen Harry Morton gastiert nur noch bis Montag abend einschließlich. Sonntag finden zwei große Galavorstellungen statt, nachmittags 4¼ Uhr zu kleinen Preisen mit dem ungekürzten Spielplan. Dienstag, den 16., debütiert ein vollständig neues reines Spezialitätenprogramm.

Radrennbahn (Olympic-Park). Die großen Eröffnungsrennen, welche am Sonntag, den 14. Juli cr., auf der hiesigen Radrennbahn veranstaltet werden, bilden das Tagesgespräch der sportfreudigen Hallenser. Das Hauptinteresse ist Der große Eröffnungspreis von Halle, 50 Kilometer hinter großen Riesenmotoren. Um den Andrang an der Kasse zu vermeiden, wird hiermit nochmals auf die im Inserat genannten Vorverkaufsstellen hingewiesen.

Aus der Provinz.

Der Sechszehnjährige als Viehschleichhändler.

Aus Delitzsch wird berichtet:

Als ein Geschäftskundiger im Schleichhandel mit Vieh hat sich der etwa 16jährige Schlosserlehrling Oskar Reimann von hier entpuppt. Im vorigen Jahre hatte er verschiedenen Leuten aus Gefälligkeit Schweine zu Hausschlachtungszwecken besorgt. An dieser nebengeschäftlichen Tätigkeit, zu der ihm die Erfahrungen des väterlichen Geschäfts die Kenntnisse geliefert haben mögen, gewann er Geschmack. Auf Anraten eines Arbeiters Hermann aus Werben, dem er ebenfalls, zunächst auf legalem Wege, ein Hausschlachtungsschwein besorgt hatte, legte er sich auf den Viehaufkauf im Schleichhandel. Seit Herbst vorigen Jahres hat der geschäftsgewandte junge Mensch etwa 12 Jungrinder, die je ein Gewicht von 2 bis 8 Zentner besaßen, und 3 Kälber im umliegenden Ortschaften gekauft. Das Vieh lieferte er durchweg an den in Werben wohnenden Arbeiter Hermann; was dann mit dem Vieh geschehen ist, will er nicht wissen. Auf die Geschäftstätigkeit des Reimann ist die Polizei erst aufmerksam geworden, als gegen ihn Verdachtsgründe, an einem Hammeldiebstahl in Laue beteiligt gewesen zu sein, zur Untersuchung und Vernehmung führten. Nähere Aufklärung muß erst noch die weitergehende Untersuchung ergeben, denn rätselhaft sind und bleiben die Umstände, daß dieser junge Bengel eine solche „geschäftliche" Tätigkeit überhaupt auszuüben in der Lage war, und wer ihm das Betriebskapital zu diesem Viehschleichhandel gegeben hat.

Querfurt. Zur Aufklärung. Für den Kleinhandel mit Mehl wurden folgende Höchstpreise festgesetzt: für ein Pfund Roggenmehl zu 94 Prozent ausgemahlen 25 Pf., für ein Pfund Weizenmehl zu 94 Prozent ausgemahlen 26 Pf., für ein Pfund Weizenauszugsmehl 30 Pf., für ein Pfund Gerstenmehl zu 85 Prozent ausgemahlen 26 Pf. Für den Kleinhandel mit Brot, welches aus Gerstenmehl Mehl hergestellt ist, wurden folgende Höchstpreise festgesetzt: für vier Pfund Roggenbrot 88 Pf., für sechs Pfund Roggenbrot 132 Pf., für 75 Gramm Weizenbrot 6 Pf. Uebertretungen sollen rücksichtslos angezeigt werden.

— Gerichtstag. Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September finden richterliche Sprechtage zur Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur Dienstags von 10 bis 12 Uhr vormittags statt.

Schkeuditz. Torfverkauf nächsten Dienstag bei Knäusel an Haushaltungen 1 bis 260. Hundert Preßsteine werden verabfolgt auf Kohlenmarke 16. Zur Entnahme ist am Montag ein Gutschein gegen Zahlung von 3 Mk. und Abgabe der Marke auf der Polizeiwache zu lösen.

— Wählerliste nachsehen. Die Liste der Stimmfähigen Bürger hiesiger Stadt ist berichtigt und liegt gemäß § 20 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 vom 15. bis zum 30. d. M., in Zimmer Nr. 13 des neuen Rathauses zur Einsicht aus. Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben.

Erbburn. Beinahe Gänsebraten gehabt hätten die Bergschmiede R. und W. Sie hatten die beiden Gänse, die diesen Zweck erfüllen sollten, zwar nicht selbst gemästet, das hatte vielmehr Frau Himmelstein für sich getan. Aber die Gänseliebhaber hatten sie sich angeeignet und geschlachtet. Leider war die Polizei nicht damit einverstanden. R. wurde mit vier Monaten bestraft. W. kommt andermal dran.

Helbra. Sechs Zentner Kartoffeln ihrem Nachbar nach und nach weggenommen zu haben, gestand die Frau G. vor der Strafkammer ein. Sie wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie die Diebstähle mittels Nachschlüssels verübt hatte.

Eisleben. Entgangene Fettliebe. Im Mai hatten die Brüder B. und ihr Kollege R. auf dem Güterbahnhof zwei Faß Butter gestohlen und nach Hause gebracht. Die Polizei ermittelte aber die Täter, nahm die Butter weg, und statt eines Fettflecks im Magen, erhielten sie drei bzw. sechs Monate Gefängnis von der Strafkammer zudiktiert.

— Hungertuchweh. Das hat jedenfalls auch der Invalide G. sehr an sich erfahren, als er mit einer selbstgefertigten Unterschrift auf den Namen einer Schwester der Petrigemeinde ein Brot für 1,20 Mk. sich verschaffen wollte. Der arme Schlucker wurde wegen Urkundenfälschung mit einem Monat belegt.

Bitterfeld. Milchabgabe. Infolge geringerer Zuweisung wird die den Kindern und Kranken gesetzlich zustehende Milchmenge nicht immer in Frischmilch gegeben werden können. Zum Ausgleich ist der Molkerei Fischer kondensierte Voll- und Magermilch überwiesen worden. Dieselbe darf nur auf Milchkarte abgegeben werden. An Minderbemittelte ist in der Regel Frischmilch zu verabfolgen, während die teurere kondensierte Milch in der Hauptsache an die zahlungsfähigere Bevölkerung abzugeben ist. Eine Büchse kondensierte Milch kostet 1,50 Mark, eine Büchse kondensierte Vollmilch mit Zucker 2,00 Mk., eine Büchse kondensierte Vollmilch ohne Zucker 1,90 Mk.

— Eierabgabe. Von Sonnabend früh ab kann ein Ei zum Preise von 33 Pf. entnommen werden.

— Kartoffelabgabe. Auf Abschnitt 2 der Kartoffelkarte kommen von Sonnabend früh ab neue Kartoffeln bei den Händlern zur Abgabe. Das Pfund kostet 20 Pf. Es ist möglich, daß bei einigen Händlern die Kartoffeln erst im Laufe des Sonnabend oder Montag eingehen. Starke Familien wollen deshalb nicht sofort sämtliche Marken einlösen, damit viele Einwohner befriedigt werden können.

Eilenburg. Graupen gibt es im Warenverkauf ¼ Pfund. Vorannmeldung bis Montag vormittag.

Torgau. Die „spanische Grippe" hat jetzt auch in der Zivilbevölkerung unserer Stadt weitere Verbreitung gefunden. Die Zahl der Kranken ist ziemlich erheblich. Bei der hiesigen Ortskrankenkasse kamen am Mittwoch 24 und am Donnerstag etwa 70 Fälle zur Anmeldung. Auch in der übrigen Bevölkerung hat die Krankheit stark um sich gegriffen. So sind in einer Schulklasse des Gymnasiums über 20 Schüler erkrankt, eine Anzahl Schwestern des Krankenhauses sind ebenfalls davorbefallen, und der Magistrat gibt bekannt, daß wegen der Erkrankung mehrerer Angestellten die Bezugscheinstelle nur noch von 4 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet ist. Die Erkrankungen sind, soweit bekannt, nur leicht und verlaufen normal. Zum Teil macht sich die Krankheit ziemlich plötzlich bemerkbar, so daß schon verschiedene Fälle vorgekommen sind, daß Leute auf der Straße hinsanken und schnell nach Hause gebracht werden mußten.

Wittenberg. Im Februar noch ungedroschenes Getreide. Von der Strafkammer wurde in der letzten Sitzung auch folgender Fall verhandelt: Der Gutsinspektor des Rittergutes Jörnigholl Eckhard v. d. Lühe, am 29. Mai 1889 in Steinburg in Pommern geboren, hatte einen amtsrichterlichen Strafbefehl über 150 Mark erhalten, wogegen er gerichtliche Entscheidung beantragt hatte. Es war dem Beklagten zum Vorwurf gemacht worden, seine Getreidevorräte bis zum 1. Februar nicht ausgedroschen und der Gemeindebehörde nicht schriftlich angezeigt zu haben. Der Beschuldigte führte zu seiner Entschuldigung aus, daß es ihm durchaus nicht möglich gewesen sei, der Verordnung nachkommen zu können, da die Dreschmaschine defekt gewesen und es ihm trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen, einen Ersatz beschaffen zu können. Da der Gerichtshof die Gründe nur zum Teil gelten läßt, wird die Strafe neben Kostenlast auf 50 Mark oder 10 Tagen Gefängnis herabgesetzt.

— Lebensmitteleinkaufs-Kontrollbücher werden neu ausgegeben in der nächsten Woche. Und zwar Montag an Familien und Einzelpersonen A—C, Rathaus, Zimmer 2, W—Z Zimmer 3; Dienstag D—E Zimmer 2, N, L, U, V Zimmer 3; Mittwoch F—G Zimmer 2, O—R Zimmer 3; Donnerstag H und S Zimmer 2, Freitag K Zimmer 2; Sonnabend L und M Zimmer 2. Die Ausgabe der neuen Lebensmittelkontrollbücher erfolgt nur gegen Vorlegung der alten Einkaufs-Kontrollbücher. Die alten Kontrollbücher werden zurückgegeben.

Allerlei.

Unerhörter Wucher mit Kümmel.

Das Landgericht Stendal verhandelte dieser Tage auf erfolgte Revision nochmals gegen den Ackerbesitzer Albert Koch aus Schwaneberg (Kreis Osterburg) und den Handelsmann Ernst Gödicke aus Klötze (Kreis Gardelegen), jetzt in Berlin wohnhaft, wegen übermäßiger Preissteigerung von Kümmel. Koch, der seit vielen Jahren in seiner umfangreichen Wirtschaft auch Kümmel anbaut, hatte im vergangenen Jahre an eine Firma in Schönebeck a. E. in vier Posten 280 Zentner Kümmel geliefert. Vom Morgen hatte er ungefähr sieben Zentner Kümmel geerntet. An die Schönebecker Firma lieferte er 50 Zentner für je 800 Mark, 150 Zentner für je 1000 Mark und 50 Zentner für je 1050 Mark. Der angemessene Preis ist amtlicherseits auf 300 Mark für den Zentner festgestellt worden. Der Preis, den Koch erhielt, ist so hoch, daß der Angeklagte, wie er vor Gericht angab, selbst „ängstlich" dabei geworden sei! Gödicke hatte sich mit Koch in Verbindung gesetzt, um von diesem Kümmel zu beziehen und die Ware dann gleich weiter zu „schieben". Er hatte in den Zeitungen schon den Kümmel, den er noch gar nicht besaß, sondern erst von Koch erwerben wollte, zu einem Zentnerpreis von 1200 Mark zum Verkauf angeboten. Das Gericht verurteilte Koch zu einer Geldstrafe von 30 000 Mk. und zur Einziehung von 118 000 Mark. Gödicke erhielt 3000 Mk. Geldstrafe.

Briefkasten der Redaktion.

Merseburg 100. Da Sie nur einen Sohn haben, kann die „Aufwandsentschädigung" nicht in Frage kommen. Dieser hat doch nur zwei Jahre aktive Dienstzeit verbracht; die darüber hinausgehende Zeit (Kriegszeit) wird nicht mitgerechnet.

Amtliche Wetteransage.

Sonntag, den 14. Juli: Wolkig, tagsüber warm, zeitweise Regen, vereinzelt Gewitter.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin für Petersroda

sucht zum 1. August cr.

Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Meldungen nimmt der bisherige Austräger, Genosse **Franz Pohle**, entgegen. F

Maurer und Bauarbeiter

stellen ein 1253

Döring & Lehrmann A.-G.

für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten, Halle a. S.

Schlosser, Dreher, Klempner

für

dringende Heereslieferungen

stellt laufend ein

Andreas Haaßengier, G. m. b. H.,

1236 Hordorferstraße 4 b.

Für unser Werk **Würgendorf,** Bahnstrecke Köln-Giessen, werden zum **sofortigen Eintritt**

200 Mädchen über 18 Jahre

und

200 kräftige Arbeiter

gesucht. *639

Sprengstoff-Fabriken Hoppecke Akt.-Ges., Würgendorf, Kreis Siegen.

Für die Kartoffel-Versorgung der Stadt Halle werden gesucht:

1. **Kaufmännisch gebildeter, energisch. Herr,** der selbständig disponieren kann,
2. **Landwirtschaftliche Sachverständige,** die gewillt sind, bei den zu liefernden Kreisen als Abnahme-Vertreter zu wirken,
3. **Jüngerer, kaufmännisch gebildeter Herr,** der in der Buchführung bewandert ist (eventl. Kriegsbeschädigter).

Es können nur solche Herren berücksichtigt werden, die ihre volle Kraft zur Verfügung stellen können. Herren, die nur zeitweise tätig sein wollen, finden keine Berücksichtigung.

Schriftliche Bewerbungen an das

Stadternährungsamt Marktplatz 22,

1291 (Zimmer 17) erbeten.

Werkzeugschlosser, Schnitt- u. Stanzenbauer

möglichst ältere Jahrgänge, für meine Werkzeugfabrik mit ausschließlich dringendsten Heereslieferungen beschäftigt, nach Dringlichkeitsklasse I, sofort gesucht.

*608 Schriftliche oder persönliche Meldungen bei

Gosseiler Werkzeug-Fertigmacherei Schwarzenberg i. Schl.

Wir **suchen** für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platz-Arbeiter, auch Arbeiterinnen in größerer Zahl, ferner

Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Rottenführer und Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz,

Rathenow, Bahnhofstraße 22. *596

Geübte

Dreherinnen

auf Zünderteile eingearbeitet, gesucht.

E. Schramm, Metallwarenfabrik,

Mittelstrasse 2. 1285

Für kriegswichtige Arbeiten suche ich sofort einen mit Reparatur-Arbeiten vollständig vertrauten

Lokomotivführer

für auswärtige Baustelle.

Angebote mit Zeugnis-Abschriften und Gehalts-Ansprüchen erbittet 1229

Herm. Knoechel Nachf. Alfred Feurer,

Tiefbau- und Eisenbahnbau-Unternehmung,

Halle (Saale), Dessauerstraße 52.

*650

Maurer, Zimmerleute und Bauarbeiter

für hiesige u. auswärtige Arbeiten gesucht.

Otto Grote, Baugeschäft,

Albrechtstraße 28.

Familien-Nachrichten.

U. S. P. D. Distrikt Merseburg.

Todesanzeige.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Parteimitglied, der Dreher

Gustav König,

nach langem Leiden verschieden ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Montag von der Leichenhalle des Altenburger Friedhofes aus statt.

Die Beerdigungszeit wird nochmals durch Handzettel bekanntgegeben. *678

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Distriktsleitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180713-11/fragment/page=0007

1289

Reellität!

Wir, sowie auch **Sie,**

haben sich von der Reellität mancher Geschäfte überzeugt. Der beste Beweis für unsere Leistung und Reellität ist unser Absatz in diesem Gebiete, welchen wir direkt und nicht indirekt liefern.

Wir zahlen nicht nur für 250 Kilo, sondern für jedes Kilo!

Altpapierabfälle	Kilo 20 Pf.	Bücher, Zeitungen	Kilo 30 Pf.
Akten	Kilo 32 Pf.	Knochen	Kilo 15 Pf.

Ferner: Lumpen, Eisen u. s. w. nur zu höchsten Preisen.

Bringen Sie zum Verkauf, wir kaufen alles!

nur Gr. Brunnenstr. 60/61. Triftstrasse 24. **Theuring & Ackermann,** nur Gr. Brunnenstr. 60/61. Triftstrasse 24.

(3 Minuten von der Reilstraße.)

Telephon 4363. Telephon 4363.

Lassen kostenlos abholen. Gratis-Verteilung extra.

Urteil.

Sie nicht nach dem Aeußeren oder nach früherem Ruf, sondern überzeugen Sie sich **von den Darbietungen** in dem kleinen, gemütlichen

1290

Eigene Konditorei **Kaffee Knäusel** Täglich Frei-Konzert

Rannischestr. 7 · Telefon 4170

Probieren Sie meine feinen Torten.

Kräftige Kümmel-Pflanzen Schock 1.20 Mark,
Braunkohl-Pflanzen Schock 0.50 Mark.
1218] **Schrebergarten-Genossenschaft H.-H.**

Urin-Untersuchung, chemische und mikrosk., sowie **Prüfung von Auswurf** *669 auf Tuberkelbazillen fertigt gewissenhaft und billig Apotheker **O. Krütgen,** Königstr. 24, Ecke Merseburgerstr.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Möbel

ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel, besonders Sofas, Kleiderschränke, Vertikos, Bettstellen mit Matratzen.

Jetzt sehr grosse Auswahl.

Auf Wunsch Ratenzahlungen.

1190 **N. Fuchs,** Möbel-Ausstattungs-Geschäft, Halle, Grosse Ulrichstrasse 58, I., II., III. Et.

1295

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle, Harz 42/44 empfiehlt sich zur Herstellung aller Art von **Druckarbeiten** bei reeller Bedienung und zivilen Preisen.

1188 **Neue u. gebrauchte Möbel, Betten, Teppich, goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Mandolinen, Geigen und viele andere Sachen zu verkaufen. Frau Rust, Sternstr. 6.**

Arbeitsmarkt

Aufwartung, 2mal wöchentl., gegen gute Bezahlung gesucht. Schweichelstraße 32, part. 1284

Geschirrführer sofort gesucht. *681 **Reimann, Landsbergerst. 65**

Welcher Photograph fertigt Postkarten nach Negativen, Karten werden geliefert. Offert. an Photograph in Baracke 167/31, Leuna-Werke b. Merseburg. *675

Erfahrene **Eisendreher, Eisenhobler und Maschin.-Schlosser** für dringenden Heeresbedarf stellen ein 1115 **Lange & Gellen,** Maschinenfabrik, Raffineriest. 43.

Violin-, Mandolin-, Klavier- u. Gitarre-Unterricht erteilt 1186 August May, Torstr. 49.

Ordentlichen Mann sucht als Bierfahrer Freybergs Brauerei, Halle a. S. *682

Handarbeit in verschiedenen Grössen empfiehlt preiswert 1286 **Friedrich Gronau,** Barfüsserstrasse 16.

Radfahren mit Heros-Reiseneuflug **erlaubt!** Paßt auf jedes Rad.

Glänzend beurteilt: „Die Bereifungen sind sehr befriedigend ausgefallen. S. St. L. H." — „Mit den Reifen bin ich sehr zufrieden. F. M. i. D. K." **Preis 1 Paar 16 Mk.** u. Porto, Verp., Nachn. 1 Mk. Vertreter gesucht. — Prospekt gratis. — **„Heros" G. m. b. H., Berlin A. 272, Taubenstrasse 51.** *674

Wieder neu eingetroffen:

Die Vögel der Erde. Mit 289 farbigen Abbildungen auf 80 Tafeln. **Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

Die Säugetiere der Erde. Mit 169 Abbildungen auf 30 Tafeln. **Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

Fische, Reptilien und Lurche. Mit 226 Abbildungen auf 30 Tafeln. **Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

Die Käfer Europas. Mit 465 Abbildungen auf 20 Tafeln. **Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.**

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung, Halle,** Harz 42/44.

Zimmerer, Maurer, Zementarbeiter u. Arbeiter werden auf folgenden **Baustellen** eingestellt

Ammendorfer Papierfabrik, Grube Otto bei Körbisdorf, Filteranlage Wolfen b. Bitterfeld, Kupferhütte Gerstungen.

Zu melden direkt auf den betreffenden Baustellen oder Wochentags von **8—1** und **3—6** bei *666

Wayss & Freitag A.-G., Halle (S.), Beton- und Eisenbetonbau, Beyschlagstrasse 27.

Putzerkolonne

6—6 Mann für wasserdichten Glättputz in Akkord Anfang August für unsere Baustelle Gerstungen gesucht. Schriftliche Angebote an

Wayß & Freytag A.-G. Halle a. d. S., Beyschlagstr. 27. *680

Möbel sind in grosser Auswahl vorrätig. Wir haben komplette Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Spiegel, Trumeaus, Sofa-Umbauten, Schreibtische, Sessel etc. Auf Wunsch Teilzahlung.

Eichmann & Co. Gröbles Waren- u. Möbel-Kredithaus, Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

1188

Amtliche Bekanntmachungen.

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst 250 g.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 15. bis 21. Juli 1918 bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Vollkarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 25 Gramm Schlachtviehfleisch bei den Fleischern entnommen werden, während die übrigen (2 bzw. 1) Fleischmarken lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

Halle, den 12. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Kartoffeln.

Diejenigen Haushaltungen, welche auf den Abschnitt 14 der Kartoffelkarte bei den Händlern Kartoffeln nicht bekommen haben, werden am Montag und Dienstag in der Zalamtschule zum Einkauf zugelassen. Der Verkauf findet in folgender Ordnung statt:

Am Montag, 15. Juli, vormittags von 8—12 Uhr auf die Nummern 1—17 500, nachmittags von 2—6 Uhr auf die Nummern 17 501—35 000; am Dienstag, 16. Juli, vormittags von 8—12 Uhr auf die Nummern 35 001—54 000, nachmittags von 2—6 Uhr auf die Nummern 54 001—74 000.

Der neue Lebensmittelschein, die Kartoffelkarte und die Ausweiskarte über Kartoffeleinkäufe sind vorzulegen.

Halle, den 13. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Der Verkauf von südtischen Kirschen

wird am Sonntag, den 14. Juli, und Montag, den 15. Juli 1918, in der Zalamtschule fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 60 001—63 500 Sonntags, vorzugsweise von 7 bis 10 Uhr, die Inhaber der Nummern 56 501—60 000 Montag, vormittags von 8—12 Uhr, und die Nummern 53 001—56 500 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes kann ein Pfund zum Preise von 70 Pfennigen abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abgabe des Abschnittes 206 des Warenbezugscheines Nr. 17.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 13. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Montag, den 15., Dienstag, den 16., und Mittwoch, den 17. Juli 1918 bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangende **Marmelade** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 13. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Die Inhaber von Apotheken- und Drogen-Geschäften werden aufgefordert, am Montag, den 15. Juli 1918, vormittags von 8 bis 12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, die Bezugscheine für **Saccharin** in Empfang zu nehmen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

Halle, 13. Juli 1918. **Der Magistrat.**

Neue **Küchen-Einrichtung** 300 Mk., 1294 **Schlafzimmer-Einrichtung** 1050 Mk., **Eßzimmer** 1850 Mk., — verkauft — **Friedrich Polleke,** Geiststraße 25.

Jeder Band 1,50 Mark

Das Land der Zukunft — Reisebeschreibung von K. Grögels
Verschrobenes Volk — Erzählungen von Wilhelm Blos
Der Prinzbienreiter — Erzählung von Wilhelm Blos
Der Pariser Garten — Roman von Rudolf Stratz
Mutter — Ein Frauenschicksal von Joh. Reich
Der Morgen graut — Erzählungen von A. Schreiber-Lindt
Die Marketenderin — Erzählung aus der Zeit der Befreiungskriege von Hermann Schmitz
Kriegsfahrten — in Feigen und Korkbrandsch. Roman von Dr. K. Roeder, und 4 Bände zu 1,20 in Leinen und 1 Karte
Kriegsberichte — aus Oberschlesien und Kaiserl. Heeresberichterstatter — Mit 4 Karten von 1 Karte
Herzen im Kriege — Schilderungen u. Gedichte. Kriegsgedichte d. Fr. Dreyssig, Dr. Hesse, Ernst Lissauer, Ludwig Ganghofer, Ludwig Ganghofer, Ludwig Ganghofer
Als Zwischendeckseward nach Südamerika — Erzählung von Hermann Reinecken

Jeder Band 2,— Mark

Der Ausweg — Eine Erzählung von Ernst Wiechert
In den Tod getrieben — Roman von Ernst Wichert
1000 Mark Belohnung — Kriminalroman von K. Emmy
Die Heilerei — Eine lustige Erzählung von Ludwig Thoma
Vom Waisenhaus zur Fabrik — Geschichte einer Proletarierentwicklung von Pfleiderer
Erwachen — Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger
Der Gotteslästerer — Roman aus dem Leben eines Wanderschauspielers von A. Ger
Verbrechergeschichten I. — Mit einer Einleitung von Hans Ehrenbaum

Volksbuchhandlung Halle, Harz 42/44

Vom Abbruch:

Fenster, zweifl. Haus- u. Zimmertüren, Glaswände, Trallien und Säulen, Handgriffe, Sandstein-, Zement- u. Granittreppen, großer Posten gesundes **Bauholz,** als Balken, Säulen, Rahmen bis 12 m lang, Sparren bis 10 m lang, 5000 m geschnittene Latten, 2 Fuhren Balken, Brennholz, 6 Steinkarren, 1 pierrädr. Hand-Rollwagen m. Aufsatz, 1 zweiräderiger Handwagen u. versch. mehr verkauft *679 **Artur Lindner,** Tholuckstr. 9. Fernspr. 1450.

Parteischriften empfiehlt: Volksbuchhandlg.

Lohnbuch für das Jahr 1918 zu Steuerzwecken. Als Grundlage f. Steuereinschätzungen **für das Jahr 1919/20.** Zum Gebrauch für preußische Steuerzahler. Preis 40 Pfg. Porto 5 Pfg. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle (S.), Harz 42/44.

1186 Alle Sorten **Felle, Häute, Tierhaare und Wolle** kaufen zu Höchstpreisen **Gebr. Danglowitz,** Fischerplan 2. Tel. 1178.

„Ohne Zucker" Rezepte zum Einmachen von Früchten ohne Einkoch-Apparat und ohne Zucker, sowie die **besten Rezepte zum Einkochen von Gemüse.** Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle, Harz 42/44.

Künstliche Zähne Behandlung kranker Zähne. Schmerzloses Zahnziehen soweit möglich. **Hall. Zahn-Heil-Anstalt** (vormals Britannia). Gr. Ulrichstrasse 11, II. Fernruf 3865. 1189

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 13-11/fragment/page=0008